

KAS  
WAHLHANDBUCH



WAHLHANDBUCH  
UKRAINE  
2010

DIE UKRAINE  
VOR DEN  
PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN  
IM JANUAR UND FEBRUAR 2010

**Nico Lange**  
**Anna Reismann**  
**Andreas Stein**



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

© KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG  
AUSLANDSBÜRO UKRAINE, 2009

WUL. SCHOWKOWYTSCHNA 10/4

01021 KIEW

WWW.KAS.DE/UKRAINE

OFFICE@ADENAUER.KIEV.UA

# WAHLHANDBUCH UKRAINE 2010

DIE UKRAINE VOR DEN  
PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN  
IM JANUAR UND FEBRUAR 2010

**AUTOREN:**

**NICO LANGE**

**ANNA REISMANN**

**ANDREAS STEIN**

**REDAKTIONSSCHLUSS:**

**18.12.2009**

**KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG**

**KIEW, DEZEMBER 2009**

**WWW.KAS.DE/UKRAINE**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>3</b>
<b>1. Einleitung: Die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2010</b> .....	<b>5</b>
<b>2. Präsident der Ukraine – oft gefragt</b> .....	<b>8</b>
<i>Wer kann Präsident werden?</i> .....	8
<i>Wie oft wird der Präsident gewählt?</i> .....	8
<i>Wer wählt den Präsidenten?</i> .....	8
<i>Wie wird der Präsident gewählt?</i> .....	8
<i>Welche Aufgaben hat der Präsident?</i> .....	8
<b>3. Wie wird der Präsident gewählt?</b> .....	<b>10</b>
<b>3.1 Gesetzliche Grundlagen für die Präsidentschaftswahl</b> .....	<b>10</b>
<i>Aufstellung und Registrierung der Kandidaten</i> .....	11
<i>Wahlkampagne (im ukrainischen Gesetzeswortlaut: Wahlagitation)</i> .....	12
<i>Wahlorganisation</i> .....	13
<i>Wahlfinanzierung</i> .....	14
<i>Wählerregistrierung</i> .....	14
<i>Durchführung der Wahl</i> .....	15
<i>Wahlbeobachtung</i> .....	16
<i>Auszählung der Stimmen, Bekanntgabe der Wahlergebnisse</i> .....	17
<i>Anfechtung des Wahlprozesses und der Wahlergebnisse</i> .....	18
<b>3.2 Schwächen des Wahlgesetzes und mögliche Manipulationen</b> .....	<b>19</b>
<i>Aufstellung und Registrierung der Kandidaten</i> .....	19
<i>Wahlkampagne (im ukrainischen Gesetzeswortlaut: Wahlagitation)</i> .....	19
<i>Wahlorganisation</i> .....	19
<i>Wahlfinanzierung</i> .....	20
<i>Wählerregistrierung</i> .....	20
<i>Durchführung der Wahl</i> .....	21
<i>Wahlbeobachtung</i> .....	21
<i>Auszählung der Stimmen, Bekanntgabe der Wahlergebnisse</i> .....	22

<i>Anfechtung des Wahlprozesses und der Wahlergebnisse</i> .....	23
<i>Fazit und Ausblick</i> .....	23
<b>4. Die Kandidaten</b> .....	<b>25</b>
4.1 Wiktor Juschtschenko.....	25
4.2 Julija Tymoschenko .....	27
4.3 Wiktor Janukowytsch .....	30
4.4. Arsenij Jazenjuk .....	32
4.6 Wolodymyr Lytwyn .....	36
4.7 Petro Symonenko .....	38
4.8 Inna Bohoslawska .....	40
4.9 Mychajlo Brodskij .....	41
4.10 Anatolij Hryzenko .....	42
4.11 Jurij Kostenko .....	44
4.12 Olexandr Moros .....	45
4.10 Olexandr Pabat.....	47
4.11 Wassyl Protywsich .....	48
4.12 Serhij Ratuschnjak.....	49
4.13 Oleh Rjabokon.....	51
4.14 Ljudmyla Suprun .....	52
4.16 Oleh Tjahnybok .....	53
<b>5. Vergleich der programmatischen Aussagen</b> .....	<b>54</b>

# 1. EINLEITUNG: DIE UKRAINISCHEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2010

Fünf Jahre nach den Wahlfälschungen des Jahres 2004 und den darauf folgenden Ereignissen der Orangen Revolution steht die die Ukraine erneut vor Präsidentschaftswahlen. In einem ersten Wahlgang am 17. Januar 2010 und einer sehr wahrscheinlichen zweiten Runde am 7. Februar 2010 werden mehr als 36 Millionen Wahlberechtigte ein neues Staatsoberhaupt bestimmen. Die Ukraine des Jahres 2010 unterscheidet sich dabei deutlich vom Land des Jahres 2004. Freie und faire Wahlen, Pressefreiheit, öffentliche Meinungsäußerung, politischer Pluralismus und lautstarke kontroverse Diskussionen sind zur absoluten Selbstverständlichkeit geworden. Das große Land zwischen Lwiw und Donezk, das in der Zeit des Präsidenten Kutschma weitgehend in einem toten Winkel der Wahrnehmung lag, trat mit der Orangen Revolution in die Europäische Öffentlichkeit und konnte sich dort fest verankern.

Die hochgesteckten Erwartungen des Winters 2004/2005 wurden indes nicht erfüllt. Die Ukraine und ihre politischen Eliten machten mehr durch Dauerkonflikte, persönliche Streitigkeiten und Skandale von sich reden, als durch erfolgreiche Reformen und eine systematische Modernisierung des Landes. Die einstigen Anführer der orangen Bewegung Wiktor Juschtschenko und Julija Tymoschenko verstritten sich auf das Äußerste und stehen sich nunmehr als erbitterte Gegner bei den Präsidentschaftswahlen gegenüber. Doch auch der damalige Wahlfälscher und ehemalige Ministerpräsident Wiktor Janukowytsch konnte von diesem Streit nicht entscheidend profitieren. Die Enttäuschung der ukrainischen Bürger über die politischen Entwicklungen der vergangenen fünf Jahre zeigt sich in sinkender Zustimmung zu allen diesen drei Kandidaten und im Erstarken neuer und alternativer politischer Kräfte. Die ukrainischen Wähler machen ihre Entscheidung weniger von Unterscheidungen in „orange“ und „blau“, „prowestlich und prorussisch“ oder moralischen Zuweisungen von vermeintlich „gut“ und „böse“ abhängig. Vielmehr bewerten sie zunehmend die politischen Leistungen der vergangenen Jahre, in denen sowohl Juschtschenko, als auch Tymoschenko und Janukowytsch bereits maßgebliche politische Verantwortung trugen.

Präsident Juschtschenko spürt die Enttäuschung und Frustration dabei am deutlichsten. Einen Monat vor der ersten Runde der Wahlen scheinen seine Chancen auf eine Wiederwahl minimal. Seine einstige Mitstreiterin und jetzige Premierministerin Julija Tymoschenko hat deutlich bessere Aussichten auf das Präsidentenamt und wird mit recht hoher Wahrscheinlichkeit in der zweiten Runde dem jetzigen Oppositionsführer Wiktor Janukowytsch gegenüberstehen. Echte Überraschungen werden damit sehr wahrscheinlich ausbleiben, obwohl neue Kandidaten wie Arsenij Jazenjuk und Serhij Tihipko sehr beachtliche Ergebnisse erzielen könnten. Die mit der Neu- und Umorientierung der Wähler verbundene enorme Fragmentierung der ukrainischen politischen Landschaft spiegelt sich in Wahlkampagne deutlich wider. Bereits ein Ergebnis von 20-25 Prozent könnte im ersten Wahlgang ausreichen, um in die Stichwahl einzuziehen. Der

neue Präsident des Landes hätte damit von vornherein keinen besonders hohen Rückhalt in der Öffentlichkeit.

Im Unterschied zu 2004 sind die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine Anfang 2010 keine „Schicksalswahl“. Die Bürger werden keine Entscheidung zwischen Ost und West, zwischen Annäherung an die Europäische Union oder an Russland oder zwischen unterschiedlichen Modellen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung treffen. Die Kandidaten unterscheiden sich im Stil, nicht in der Substanz. Vor allem aber bleiben die strukturellen innenpolitischen Probleme bestehen. Die bekannten Probleme in Verfassungsordnung und Wahlgesetz, das Fehlen einer handlungsfähigen Regierung auf der Basis einer stabilen parlamentarischen Mehrheit, konkurrierende Kompetenzen von Präsident und Regierung sowie die funktionsunfähige Justiz werden die Entwicklung der Ukraine weiterhin behindern. Die im In- und Ausland erhoffte Stabilisierung der politischen Situation wird sehr wahrscheinlich ausbleiben. Die Ukraine wird auch im Jahr 2010 mit neuen politischen Konfrontationen, möglichen vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments und einer Fortsetzung der Dauerkrise von sich reden machen. Mit den traditionellen sozialpopulistischen Wahlversprechen legten alle Kandidaten für das Präsidentenamt zudem die Hürden für echte Reformen und Erneuerung noch einmal höher.

Für die ukrainischen Wähler bleibt, wie bereits im Volksmund fest verankert, die „Wahl des kleineren Übels“. Das Land ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise hart getroffen. Gesundheitssystem und Rentensystem bleiben unreformiert. Die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen sind durch überbordende Bürokratie und ausufernde Korruption kaum konkurrenzfähig. Die alltäglichen Probleme der Bürger und Lösungsvorschläge für die Modernisierung des Landes finden sich in den fast schon unpolitischen, allein auf Persönlichkeiten fixierten Wahlkampagnen kaum wieder. Die politischen Eliten scheinen hinter den gesellschaftlichen Realitäten hinterherzulaufen oder sie sogar zu ignorieren.

Die gravierenden strukturellen Probleme des politischen Systems der Ukraine bergen auch Gefahren einer neuen Autoritarisierung in sich. Im Gegensatz zu Präsident Juschtschenko, dessen demokratisches Grundverständnis ihm oft als Schwäche ausgelegt wurde, ist innerparteiliche Demokratie in den Parteien von Julija Tymoschenko und Wiktor Janukowytsch kaum erkennbar. Innerhalb der Parteien und im ukrainischen Parlament entwickelte sich bisher keine Kultur des argumentativen Austragens von Konflikten und einer Einigung auf Kompromisse. Die Versuchung für den neuen Präsidenten des Landes ist groß, im Falle politischer Konfrontationen eine neuerlich autoritäre Gangart anzuschlagen.

Natürlich ist zunächst einmal aber von absolut zentraler Bedeutung, dass die Präsidentschaftswahlen 2010 frei und fair durchgeführt werden. Die im Vorfeld von Tymoschenko und Janukowytsch gemeinsam durchgesetzten Änderungen des Wahlgesetzes waren in diesem Zusammenhang erhebliche Rückschritte. Internationale Experten, die Venedig-Kommission und die OSZE äußerten sich diesbezüglich ungewöhnlich deutlich. Das ukrainische Verfassungsgericht setzte nach Anrufung durch Präsident Juschtschenko einige der Regelungen unterdessen außer

Kraft. Im Ergebnis geht die Ukraine mit einer teilweise unklaren Rechtslage in die Präsidentschaftswahlen. Besonders bei einem knappen Ergebnis in der zweiten Runde sind verbissene gerichtliche Auseinandersetzungen und erneute Massenproteste fast schon vorherzusehen. Die Beobachtung und Bewertung der Präsidentschaftswahlen 2010 durch ukrainische und internationale Nichtregierungsorganisationen sowie durch internationale Organisationen bleibt von enorm hoher Bedeutung. Für die zweite Runde der Wahlen gilt dies ganz besonders.

Vor dem geschilderten Hintergrund liefert das vorliegende „Wahlhandbuch Ukraine 2010“ systematische Informationen, um die Präsidentschaftswahlen und die kommenden Ereignisse in der Ukraine verfolgen und einordnen zu können. Das betrifft nach der Beantwortung häufig gestellter Fragen zu den Präsidentschaftswahlen zunächst die ausführliche Darstellung des Wahlsystems, der aktuellen Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Befürchtungen über mögliche Manipulationen der Wahlen. Im Zentrum dieser Publikation steht im Anschluss die detaillierte Darstellung der ukrainischen Präsidentschaftskandidaten. In der Nachfolge des Wahlhandbuchs der Konrad-Adenauer-Stiftung zu den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 soll diese Veröffentlichung darüber hinaus auch eine Bestandsaufnahme des dynamischen und noch immer unkonsolidierten ukrainischen Parteiensystems, der rezenten programmatischen Entwicklungen und der zentralen Akteure darstellen.



## 2. PRÄSIDENT DER UKRAINE – OFT GEFRAGT

### WER KANN PRÄSIDENT WERDEN?

Jeder wahlberechtigte Ukrainer, der das 35. Lebensjahr vollendet hat, die letzten zehn Jahre vor dem Wahltermin in der Ukraine gelebt hat und die Amtssprache beherrscht, kann sich als Kandidat registrieren lassen. Eine Person kann nur einmal in Folge kandidieren.

Darüber hinaus müssen der Kandidat selbst, die ihn unterstützende Partei oder der aus mehreren Parteien bestehende Wahlblock eine Kautionshöhe in Höhe von 2.500.000 Hrywnja, das entspricht aktuell etwa 208.000 Euro, bei der Zentralen Wahlkommission hinterlegen.

Es darf niemand kandidieren, der wegen eines vorsätzlichen Verbrechens angeklagt ist, solange die Strafe nicht abgeolten oder aufgehoben worden ist.

### WIE OFT WIRD DER PRÄSIDENT GEWÄHLT?

Die Amtszeit des ukrainischen Präsidenten beträgt fünf Jahre.

### WER WÄHLT DEN PRÄSIDENTEN?

Jeder ukrainische Bürger, der am Tag der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet hat, ist wahlberechtigt. Es besteht keine Wahlpflicht. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Stimmabgabe durch Drittpersonen ist untersagt.

### WIE WIRD DER PRÄSIDENT GEWÄHLT?

Es handelt sich um allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen des Präsidenten. Jegliche Form von Gewalt, Bedrohung, Fälschung, Bestechung oder jeder andere Akt, der den freien Wählerwillen zu beeinflussen sucht, sind untersagt (§6, Abs. 2 „Gesetz über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“)<sup>1</sup>.

### WELCHE AUFGABEN HAT DER PRÄSIDENT?

Der Präsident tritt als Garant der staatlichen Souveränität der Ukraine auf und sichert die territoriale Integrität sowie die Einhaltung der Verfassung der Ukraine und der Menschen- und Bürgerrechte.

Er repräsentiert den Staat nach außen, bestimmt die Richtlinien der ukrainischen Außenpolitik, führt internationale Verhandlungen und schließt internationale Verträge ab.

---

<sup>1</sup> Das gültige Präsidentschaftswahlgesetz der Ukraine ist im ukrainischen Original abzurufen unter: <http://www.cvk.gov.ua/metod/kultura/npa/vp.htm>. Angabe vom 19.11.2009. Im Folgenden: PräsWahlG.

Er ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine und bestimmt die Richtlinien der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Er ist Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine.

Der Präsident kann konsultative Referenden zu Verfassungsänderungen ausrufen. Er besitzt das Recht, das nationale Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen sowie das suspensive Vetorecht im Gesetzgebungsprozess.

Der Präsident benennt und entlässt:

- Leiter des diplomatischen Corps (u.a. Botschafter und Konsuln),
- Befehlshaber der ukrainischen Streitkräfte,
- ein Drittel des Verfassungsgerichts der Ukraine,
- den Generalstaatsanwalt der Ukraine,
- die Hälfte des Rates der Nationalbank der Ukraine,
- die Hälfte des Fernseh- und Rundfunkrates.

Er schlägt der Werchowna Rada folgende Kandidaturen zur parlamentarischen Abstimmung vor:

- Premierminister, nachdem der Kandidat ihm zuvor von der Regierungskoalition vorgeschlagen wird,
- Außenminister,
- Verteidigungsminister,
- Leiter des Geheimdienstes der Ukraine (SBU).

Eine vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Präsidenten erfolgt im Falle

- des Rücktritts,
- des gesundheitlichen Unvermögens, den Amtsgeschäften nachzugehen,
- der Absetzung in Folge eines Amtsenthebungsverfahrens,
- des Todes.

### 3. WIE WIRD DER PRÄSIDENT GEWÄHLT?

Es gehört zu den schlechten politischen Traditionen der Ukraine, das Wahlgesetz häufig und in den meisten Fällen unmittelbar vor den jeweiligen Wahlen zu ändern. Nachdem für die Präsidentschaftswahlen 2004 ein eigenes und nur einmal gültiges Wahlgesetz erlassen worden war, entbehrte die Einigung auf einen dritten Wahlgang nach der Orangen Revolution schließlich ohnehin einer gesetzlichen Grundlage und trug rein politischen Charakter. Bedauerlicherweise beschloss das Parlament nach diesen Ereignissen kein neues und konsistentes Wahlgesetz für Präsidentschaftswahlen. Die Versuche der Partei der Regionen und des Blocks Julija Tymoschenko das Gesetz im direkten Vorfeld der Wahlen an die eigenen aktuellen Bedürfnisse anzupassen, waren kaum verhohlen dazu gedacht, unliebsame Konkurrenten bereits gesetzgeberisch auszuschalten. Durch die Aufhebung einer Reihe der neuen Regelungen durch das Verfassungsgericht sind zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Buches die gesetzlichen Grundlagen für die Präsidentschaftswahlen 2010 unklar. Der aktuelle Stand soll im Folgenden dargestellt werden.

#### 3.1 GESETZLICHE GRUNDLAGEN FÜR DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL

Neben verfassungsrechtlichen Bestimmungen bildet vor allem das „Gesetz über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“ die Grundlage für die Wahl. Das „Gesetz über das staatliche Wählerregister“, die Verwaltungsgerichtsordnung<sup>2</sup> und der Kriminalkodex sind ebenfalls von Bedeutung.

Die Inkraftsetzung des aktuellen „Gesetzes über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“ durch den zweiten Präsidenten der Ukraine Leonid Kutschma erfolgte am 23. März 1999. Seitdem unterlag das Gesetz einer redaktionellen Überarbeitung im Jahr 2004 im Vorfeld der dritten Präsidentschaftswahl in der Ukraine sowie mehreren Einzeländerungen. Die letzten Gesetzesänderungen wurden von dem ukrainischen Parlament (Werchowna Rada) am 21. August 2009 beschlossen (Gesetzeswerk N 1616-VI vom 21.08.2009). Nach Anrufung des Verfassungsgerichts durch 48 Abgeordnete der Werchowna Rada und den Präsidenten sind am 19. Oktober 2009 mehrere Artikel des geltenden Gesetzes für verfassungswidrig erklärt worden, nicht jedoch das Wahlgesetz in seiner Gesamtheit. Es bleibt damit weiterhin die Grundlage für die kommenden Präsidentschaftswahlen am 17. Januar 2010, allerdings ohne die vom Verfassungsgericht aufgehobenen Regelungen. Im Parlament werden zurzeit Gesetzesänderungen vorbereitet. Entsprechend dem Beschluss der Werchowna Rada vom 4. November 2009 soll als

---

<sup>2</sup> Im ukrainischen Wortlaut: Kodex der Verwaltungsgerichtsordnung.

Änderungsgrundlage der von Präsident Juschtschenko am 30. Oktober 2009 eingereichte Gesetzesentwurf Nr. 5263-2 gelten.

Die letzte in der Ukraine durchgeführte Präsidentschaftswahl fand im Jahr 2004 statt und mündete in den turbulenten Ereignissen der Orangen Revolution. Der erste Wahlgang am 31. Oktober 2004 und besonders die anschließende Stichwahl zwischen den Kandidaten Wiktor Janukowytsch und Wiktor Juschtschenko waren gekennzeichnet durch zahlreiche nachgewiesene Manipulationen und Wahlfälschungen. Dies führte dazu, dass das am 24. November von der Zentralen Wahlkommission veröffentlichte Wahlergebnis weder von der Opposition noch von der EU, den USA und der OSZE anerkannt wurde. Nach der symbolischen Erklärung der Ungültigkeit des Wahlergebnisses durch das ukrainische Parlament am 27. November folgte am 3. Dezember 2004 die entsprechende juristisch relevante Erklärung des Verfassungsgerichtes der Ukraine.

Die Wiederholung der Stichwahl wurde auf den 26. Dezember 2004 angesetzt. Voraussetzung waren Änderungen der Gesetzesbestimmungen, um eine allgemeine, gleiche, freie und faire Wahl durchführen und einen transparenten und offenen Wahlvorgang in Übereinstimmung mit der ukrainischen Verfassung und internationalen Abkommen der Ukraine gewährleisten zu können. In einer Ausnahmesituation wurde zwischen der von Janukowytsch angeführten Regierung und der von Juschtschenko angeführten Opposition ein Kompromiss ausgehandelt, der eine parlamentarische Abstimmung über Änderungen des Verfassungstextes in Verbindung mit einer besonderen Regelung der Stichwahl am 26. Dezember 2004 vorsah. Die Verfassungsänderungen sollten die Kompetenzen des zukünftigen Präsidenten deutlich beschneiden.

Mit den am 8. Dezember 2004 beschlossenen Änderungen der Verfassung und der Annahme des „Gesetzes über die Besonderheiten der Anwendung des ‚Gesetzes über die Wahl des Präsidenten der Ukraine‘ bei der Wahlwiederholung am 26. Dezember 2004“ konnte der Weg für die Wiederholung der Stichwahl geebnet werden. Unter anderem musste die Zentrale Wahlkommission neu besetzt werden. Das Gesetz, das noch am 24. Dezember 2004 vom Verfassungsgericht in einem Punkt hinsichtlich der Regelungen der mobilen Wahl für verfassungswidrig erklärt wurde, verlor seine Gültigkeit am 24. Januar 2005 – am Folgetag des Amtseintritts von Präsident Juschtschenko. Trotz der weiterhin bestehenden Mängel des eigentlichen Wahlgesetzes sind seit der Präsidentschaftswahl im Jahr 2004 bis August 2009 keine weiteren Änderungen des Wahlgesetzes vorgenommen worden.

## AUFSTELLUNG UND REGISTRIERUNG DER KANDIDATEN

Das passive Wahlrecht haben alle wahlberechtigten Bürger der Ukraine. Dieses Recht können sie durch Parteien, Wahlblöcke (Zusammenschlüsse mehrerer Parteien) oder mittels Selbstaufstellung geltend machen.

Das Verfahren der Kandidatenaufstellung beginnt 89 Tage vor dem Wahltermin und endet 71 Tage vorher.

Nur Parteien, die nicht später als ein Jahr vor dem Wahltermin offiziell registriert worden sind, haben das Recht, einen Kandidaten aufzustellen. Für Wahlblöcke gilt, dass jede darin eingeschlossene Partei dieser Bedingung entsprechen muss.

Jede Partei bzw. jeder Wahlblock kann nur einen Kandidaten aufstellen, der entweder Parteimitglied bzw. Mitglied einer der Partei im Wahlblock oder parteilos ist. Jeder Kandidat kann nur von einer Partei bzw. einem Wahlblock aufgestellt werden. Die Kandidaten werden auf Parteitagen bestimmt, an denen nicht weniger als 200 Delegierte teilnehmen müssen.

Die Selbstaufstellung erfolgt durch einen Antrag bei der Zentralen Wahlkommission.

Jeder Kandidat muss bei der Zentralen Wahlkommission ein Pfand in Höhe von 2.500.000 Hrywnja, aktuell etwa 208.000 EUR hinterlegen. Das Geld wird nur im Falle der Teilnahme am zweiten Wahlgang zurückgezahlt.

Notwendig für die Registrierung des Kandidaten sind:

- ein von der Zentralen Wahlkommission ausgestellter und vom Kandidaten eigenhändig ausgefüllter Kandidatenbogen;
- ein Lebenslauf bis zu 2.000 Zeichen, unter Angabe von: vollständigem Namen, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Bildungsnachweis, beruflichem Werdegang, aktuellem Beschäftigungsverhältnis, Adresse des Arbeitgebers, Auskunft über Ehrenämter, Parteizugehörigkeit, Zusammensetzung der Familie, ständigem Wohnsitz inklusive Aufenthaltsdauer in der Ukraine, Verzeichnis über nicht abgeleitete oder nicht aufgehobene Verurteilungen;
- Wahlprogramm des Kandidaten in der Amtssprache bis zu 12.000 Zeichen;
- Beleg über die Einzahlung des Pfandes;
- eigenhändig ausgefüllte Einkunfts- und Vermögenserklärung (ebenso für Familienmitglieder), die nach der offiziellen Registrierung des Kandidaten von der Zentralen Wahlkommission veröffentlicht wird;
- Fotografien.

Bei Kandidaten, die von einer Partei bzw. einem Wahlblock aufgestellt werden, werden weitere Unterlagen, die den Status der Partei bzw. des Wahlblocks belegen, sowie Auszüge aus dem Protokoll des Parteitages benötigt, die sich auf die Nominierung des Kandidaten beziehen.

## WAHLKAMPAGNE (IM UKRAINISCHEN GESETZESWORTLAUT: WAHLAGITATION)

Der Kandidat darf einen Tag nach seiner Registrierung durch die Zentrale Wahlkommission die Wahlkampagne beginnen. Sie endet um 24:00 Uhr des letzten Freitags vor dem Wahltag. Die Wahlkampagne vor dem zweiten Wahlgang beginnt am Tag nach der Verkündung des zweiten Wahlgangs und endet um 24:00 des letzten Freitags vor dem Wahltag.

Es sind alle Arten und Mittel von Wahlkampagne erlaubt, die nicht der Verfassung der Ukraine widersprechen. Wahlberechtigte Bürger der Ukraine haben das Recht frei und „allseitig“ die Wahlprogramme der Kandidaten, ihre politischen, professionellen und persönlichen Qualitäten zu besprechen, für sie oder gegen sie zu werben. Nicht-Ukrainern, Vertretern der Exekutivgewalt und Mitgliedern der Wahlkommissionen ist die Teilnahme an Wahlkampagnen ausdrücklich untersagt. Die Wahlkampagnen werden eingeschränkt z.B. bei Truppenteilen der Ukrainischen Streitkräfte oder in Justizvollzugsanstalten.

Es existieren klare Vorgaben der Zentralen Wahlkommission bezüglich der Gestaltung von Wahlplakaten und anderer für die Wahlkampagne hergestellten Druckerzeugnisse. Pro Wahllokal ist eine Mindestanzahl von fünf Wahlplakaten eines jeden Kandidaten vorgesehen. Das „Gesetz über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“ regelt außerdem die Nutzung von elektronischen, audiovisuellen, Druck- und Massenmedien sowie den Ablauf und die Dauer von Fernsehdebatten.

## WAHLORGANISATION

Die Ukraine gilt bei den Präsidentschaftswahlen als ein Einheitswahlkreis, der das ganze Landesterritorium umfasst. Dieser Einheitswahlkreis wird aus organisatorischen Gründen in 225 Wahlkreise unterteilt. Die Untereinheit dieser Wahlkreise sind die Wahllokale. Die Wahllokale im Ausland bilden in ihrer Gesamtheit einen zusätzlichen Wahlkreis.

Entsprechend der Aufteilung des Einheitswahlkreises gilt folgende Systematik der Wahlkommissionen:

- Zentrale Wahlkommission: zuständig für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl auf dem gesamten Gebiet der Ukraine und im Ausland (Befugnisse unter §25 PräsWahIG)
- Wahlkreiswahlkommissionen: zuständig für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in territorial begrenzten Wahlkreisen (Befugnisse unter §26 PräsWahIG)
- Wahllokalwahlkommissionen: zuständig für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in den Wahllokalen (Befugnisse unter §27PräsWahIG).

Bei der Zentralen Wahlkommission reichen die Kandidaten auf das Amt des Präsidenten Anträge bezüglich der Kandidaten für die Zusammensetzung der Wahlkreiswahlkommissionen ein (von Seiten eines Präsidentschaftskandidaten je zwei Personen für eine Wahlkommission). Entsprechendes gilt für Kandidaten für die Wahllokalwahlkommissionen; in diesem Fall sind Anträge bei den Wahlkreiswahlkommissionen einzureichen.

Mitglied einer Wahlkreis- oder Wahllokalwahlkommission können wahlberechtigte Bürger der Ukraine sein, die ihren Wohnsitz im betroffenen Wahlkreis haben. Eine Person kann nur Mitglied einer Wahlkommission sein. Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender und Beisitzer (im

ukrainischen Wortlaut: Sekretär) von Wahlkreis- und Wahllokalwahlkommissionen können nicht Repräsentanten eines Antragstellers sein.

Die Befugnisse der Wahlkreis- und Wahllokalwahlkommissionen können vorzeitig von der für ihre Zusammensetzung verantwortlichen Wahlkommission auf Eigeninitiative oder auf Grundlage einer Gerichtsentscheidung beendet werden. Dies gilt bei Verstößen gegen die Verfassung der Ukraine, das „Gesetz über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“ oder andere Gesetze der Ukraine. Ebenso können in einer Reihe von Fällen die Befugnisse eines einzelnen Mitgliedes der Wahlkommission beendet werden. Darüber hinaus kann mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Wahlkommissionsmitglieder eine Entscheidung über den Austausch des Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und des Beisitzers bei systematischer Nicht-Erfüllung der ihnen übertragenen Befugnisse getroffen werden. Diese Entscheidung ist bei der für die Zusammensetzung der betroffenen Wahlkommission verantwortlichen Wahlkommission einzureichen. Sie führt nicht automatisch zur Beendigung der Befugnisse der betroffenen Person.

## WAHLFINANZIERUNG

Die Wahl wird aus dem Staatshaushalt und den Wahlbudgets der Kandidaten finanziert. Die Zentrale Wahlkommission ist der Hauptverwalter des entsprechenden Staatsbudgets. Das Wahlbudget der Kandidaten wird aus Eigenmitteln des Kandidaten, Zuwendungen von Parteien (Blöcken) und freiwilligen Spenden natürlicher Personen gebildet. Die Spende einer natürlichen Person darf 400 Mindestmonatslöhne (eine Summe von ca. 22.000 Euro) nicht überschreiten. Andere Einzahlungen unterliegen keiner Begrenzung. Spenden von Ausländern, Staatenlosen sowie anonyme Spenden sind untersagt. Die Kontrolle über die Kontoführung, Ein- und Auszahlungen werden wahlweise durch die Zentrale Wahlkommission oder die zuständige Bankanstalt ausgeübt. Nicht verwendete Geldmittel aus dem Wahlbudget derjenigen Kandidaten, die von einer Partei (einem Block) aufgestellt worden sind, werden nach entsprechendem Antrag auf das Konto der Partei (Wahlblockparteien) zurückgezahlt. Nicht verwendete Geldmittel derjenigen Kandidaten, die sich selbst aufgestellt haben, werden dem Staatshaushalt zugerechnet. Von allen Kandidaten ist spätestens am 15. Tag nach der Wahl ein finanzieller Rechenschaftsbericht über den Eingang und die Verwendung der Geldmittel abzulegen. Die Berichte werden anschließend veröffentlicht. Ausgabenbeschränkungen sind nicht vorgesehen.

## WÄHLERREGISTRIERUNG

Seit der Annahme des „Gesetzes über das staatliche Wählerregister“ im Jahr 2007 werden die Wählerlisten im Gegensatz zu früheren Wahlen nicht mehr *ad hoc* gebildet, sondern auf Basis des neu etablierten elektronischen Wählerregisters. Die Wähler haben das Recht auf Einsichtnahme in Wählerlisten und können Beschwerde einlegen, die Informationen über die eigene Person oder Dritte betreffen. Diese können bis zu einer Stunde vor Schließung der Wahllokale bei der zuständigen Wahlkommission, der für die Führung des Wählerregisters zuständigen Instanz oder beim lokalen Gericht eingereicht werden. Das „Gesetz über die Wahl des Präsi-

denten der Ukraine“ gestattet dem Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden oder dem Beisitzer der Wahllokalwahlkommission, mögliche Korrekturen (bei Vorliegen von Ungenauigkeiten oder Tippfehlern) noch am Wahltag vorzunehmen, sofern klar ist, dass es sich bei der betroffenen Person um den eingetragenen Wähler handelt.

Voraussetzung für eine Stimmabgabe im Ausland ist eine Registrierung im zuständigen Konsulat.<sup>3</sup>

## DURCHFÜHRUNG DER WAHL

Am Wahltag sind die Wahllokale von 8:00-20:00 Uhr zu öffnen. Unter Vorlage eines Dokuments, welches die Identität des Wählers bescheinigt, die mit der Wählerliste abzugleichen ist, wird dem Wähler ein Wahlschein ausgehändigt, dessen Empfang durch Unterschrift zu bestätigen ist.

Die Zentrale Wahlkommission muss das Format der Wahlzettel termingerecht festlegen. Der Wahlzettel gilt als Dokument strenger Verbindlichkeit und muss folgende Kriterien erfüllen:

- Art und Datum der Wahl aufweisen;
- Nummer des Wahlkreises und Wahllokals enthalten;
- Platz für Wahllokalstempel haben;
- Platz zum Eintragen des Nachnamens, der Initialen und der Unterschrift eines Wahllokalmitglieds haben, das den Wahlzettel aushändigt;
- in der Amtssprache verfasst sein;
- nur eine Seite lang und nur auf einer Seite bedruckt sein.

Enthalten sein müssen außerdem:

- in alphabetischer Reihenfolge der vollständiger Name der Kandidaten (Nach-, Vor- und Vatersname), ihr Geburtsdatum, Wohnsitz, aktuelles Beschäftigungsverhältnis, Parteizugehörigkeit, nominierendes Subjekt, rechts davon ein Kästchen zum Ankreuzen;
- unter dem Kandidatenverzeichnis muss stehen: „Ich unterstütze keinen Kandidaten für das Amt des Präsidenten“, rechts davon ein Kästchen zum Ankreuzen
- Informationen zum Ausfüllen des Wahlzettels;
- ein Kontrollabschnitt zum Abreißen mit Angaben von Art und Datum, Nummer des Wahlkreises und Wahllokals, Platzhalter für die Nummer, unter welcher der Wähler in die Wählerliste des Wahllokals aufgenommen worden ist; Unterschrift des Wählers, der den Wahlzettel erhält; Nachname, Initialen und Unterschrift des Wahllokalmitglieds, das den Wahlzettel aushändigt.

---

<sup>3</sup> Der entsprechende §2 Abs. 6 PräsWahlG ist am 19.10.2009 für verfassungswidrig erklärt worden.



Pro Wahllokal wird eine Anzahl von Wahlzetteln herausgegeben, welche die Anzahl der Wähler, die in die Wählerliste des jeweiligen Wahllokals eingetragen sind, um 0,5 Prozent übersteigt.

Die Wahllokalwahlkommission hat nach entsprechender Entscheidung der Zentralen Wahlkommission das Recht, Änderungen im Wahlzettel vorzunehmen (z.B. nach Ausscheiden eines der Kandidaten aus der Wahl).

Wähler, die aus gesundheitlichen Gründen verhindert sind, an der Wahl in den dafür vorgesehenen Räumlichkeiten teilzunehmen, haben bis zwölf Stunden vor Wahlbeginn die Möglichkeit, ein schriftliches Gesuch bei der zuständigen Wahllokalwahlkommission einzureichen, um die Wahl außerhalb dieser vornehmen zu können. Gesundheitszeugnisse oder sonstige Notwendigkeitsbescheinigungen werden nicht vorausgesetzt. Drei Mitglieder der Wahlkommission führen am Wahltag die mobile Wahl durch.

## WAHLBEOBACHTUNG

An der Wahlbeobachtung können offizielle Beobachter von Seiten der Kandidaten und Parteien (Blöcke) teilnehmen, welche die Kandidaten aufgestellt haben, sowie ausländische Beobachter und Beobachter von internationalen Organisationen. Die Dauer ihres Einsatzes beginnt mit der offiziellen Registrierung als Wahlbeobachter und endet nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse durch die Zentrale Wahlkommission. Eine Person kann nicht gleichzeitig Mitglied einer Wahlkommission sein und in der Wahlbeobachterrolle auftreten.

Offizielle Wahlbeobachter von Seiten der Kandidaten/Parteien/Blöcke haben das Recht:

1. sich während der Wahl in Wahllokalen aufzuhalten, die Arbeit der Wahlkommissionsmitglieder zu beobachten, ohne sie dabei physisch bei der Ausführung ihrer Aufgaben zu behindern;
2. Foto-, Film, Audio- und Videoaufnahmen zu machen;
3. anwesend zu sein bei der Wahlzettelausgabe an Wahlkommissionsmitglieder für die Organisation der Wahl außerhalb der für die Wahl vorgesehenen Räumlichkeiten;
4. anwesend zu sein bei der Auszählung der Stimmen im Wahllokal und Errechnung des Wahlergebnisses im Wahlkreis;
5. Beschwerde einzulegen bei der zuständigen Wahlkommission im Falle des Verstoßes gegen das „Gesetz über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“;
6. Akten über Gesetzesverstöße anzulegen inklusive Unterschriften von zwei weiteren Zeugen des Verstoßes unter Nennung ihres vollständigen Namens, und Wohnsitzes;

7. Kopien von Wahlprotokollen zu erhalten, welche die Übergabe der Wahlzettel, Auszählung der Stimmen und Feststellung des Wahlergebnisses (auch anderer Dokumente) betreffen.

Offizielle ausländische Wahlbeobachter werden von der Zentralen Wahlkommission registriert. Die Registrierungsvorschläge müssen spätestens sieben Tage vor dem Wahltermin eingereicht und die Entscheidung spätestens fünf Tage vor dem Wahltermin getroffen werden.

Offizielle Wahlbeobachter aus dem Ausland/ von internationalen Organisationen haben das Recht:

1. anwesend zu sein bei Treffen der Präsidentschaftskandidaten/ihrer Vertrauten/Vertreter der Parteien (Blöcke), die die Kandidaten aufgestellt haben, mit Wählern; auf den Versammlungen während des Wahlkampfs; bei Kundgebungen; bei Sitzungen der Wahlkommissionen;
2. die Wahlkampfunterlagen kennenzulernen;
3. anwesend zu sein bei der Auszählung der Stimmen im Wahllokal und Errechnung des Wahlergebnisses im Wahlkreis;
4. Foto-, Film, Audio- und Videoaufnahmen zu machen;
5. ihre Meinung zu äußern hinsichtlich der Wahldurchführung und der Verbesserungsfähigkeit der ukrainischen Wahlgesetzgebung unter Einbezug internationaler Praxis sowie Pressekonferenzen durchzuführen in Übereinstimmung mit der ukrainischen Gesetzgebung;
6. mit anderen ausländischen Wahlbeobachtern oder internationalen Organisationen zeitlich befristete Gruppen zur Koordination eigener Tätigkeit zu bilden.

Das Recht an den Sitzungen der Wahlkommission teilzunehmen, kann den Wahlbeobachtern im Falle der unrechtmäßigen Behinderung des Sitzungsablaufs entzogen werden.

Das „Gesetz über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“ sieht keine inländischen unabhängigen Wahlbeobachter vor.

## AUSZÄHLUNG DER STIMMEN, BEKANNTGABE DER WAHLERGEBNISSE

Die Auszählung der Stimmen wird durch die Wahllokalwahlkommission vorgenommen. Bei Verstößen gegen das „Gesetz über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“, in deren Folge sich das Wahlergebnis nicht wahrheitsgetreu feststellen lässt, hat sie das Recht, das Wahlergebnis im entsprechenden Wahllokal für ungültig zu erklären. Darüber hinaus kann das Ergebnis für ungültig erklärt werden, wenn die Anzahl der Wahlzettel die Anzahl der Wähler, die an der Wahl teilgenommen haben, um zehn Prozent übersteigt.

Bei der mobilen Wahl gilt: Sollte die Anzahl der Wahlzettel in der mobilen Wahlurne die Anzahl der Wahlzettel entsprechend der beiliegenden Kontrollliste übersteigen, dann werden diese

Stimmen für ungültig erklärt. Diese Stimmen werden weder bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung noch des Wahlergebnisses berücksichtigt.

Die Wahlkreiswahlkommission muss das Wahlergebnis spätestens fünf Tage nach dem Wahltag verkünden, unabhängig von der Zahl derjenigen Wahllokale, in denen das Ergebnis für ungültig erklärt worden ist. Es ist ausdrücklich untersagt, die Wahl in einem gesamten Wahlkreis für ungültig zu erklären.

Die Feststellung der Wahlergebnisse durch die Zentrale Wahlkommission erfolgt innerhalb von zehn Tagen, jedoch nicht später als drei Tage nach Eingang aller Wahlergebnisprotokolle aus den Wahlkreisen. Diese dienen als Grundlage für die Feststellung der Wahlergebnisse, worüber ein „Protokoll über die Wahlergebnisse“ anzufertigen ist. Im Falle nicht eingereichter Wahlergebnisprotokolle aus Wahlkreisen, stellt die Zentrale Wahlkommission das Wahlergebnis anhand der vorhandenen Wahlergebnisprotokolle einzelner Wahllokale fest.

Als gewählt gilt derjenige Kandidat, der bei der Wahl mehr als die Hälfte der Stimmen der Wahlberechtigten auf sich vereinen konnte, worüber ein „Protokoll über das Endergebnis der Präsidentschaftswahl“ anzufertigen ist. Dieses soll den Nachnamen und die Initialen des Wahlsiegers enthalten. Die Mitteilung der Wahlergebnisse und des gewählten Kandidaten erfolgt durch die Veröffentlichung dieser Informationen in den Zeitungen „Golos Ukrajiny“ („Die Stimme der Ukraine“) und „Urjadowyj Kurier“ („Regierungskurier“) nicht später als drei Tage nach der Unterzeichnung des „Protokolls über die Wahlergebnisse“.

## ANFECHTUNG DES WAHLPROZESSES UND DER WAHLERGEBNISSE

Momentan muss die Gesetzgebung bezüglich der Wahlanfechtung überarbeitet werden, weil das Verfassungsgericht die wesentlichen Artikel hierzu für verfassungswidrig erklärt hat (siehe unten).

Die zurzeit geltenden Fristen für eine Anfechtung sind:

- bei Anfechtungen von Entscheidungen, begangenen oder unterlassenen Taten (im Prozess der Ausrufung, Vorbereitung und Durchführung der Wahlen) von Seiten der Wahlkommissionen, ihrer Mitglieder, der Kandidaten auf das Amt des Präsidenten sowie ihrer Vertrauten: innerhalb von fünf Tagen nach dem Vorfall;
- Verstöße, die sich vor dem Wahltag ereignet haben, können bis zum Ende des Wahlvortages angefochten werden;
- Verstöße am Wahltag müssen bei der zuständigen Wahlkommission bis zur Schließung der Wahllokale angefochten werden, bei der übergeordneten Wahlkommission oder beim zuständigen Gericht bis 24:00 Uhr des Folgetags.

## 3.2 SCHWÄCHEN DES WAHLGESETZES UND MÖGLICHE MANIPULATIONEN

Seit der letzten Präsidentschaftswahl werden Schwächen des geltenden „Gesetzes über die Wahl des Präsidenten der Ukraine“ von zahlreichen nationalen und internationalen Organisationen angemahnt. Am 12. Oktober 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) ihr gemeinsam mit der OSZE/ODIHR erarbeitetes Gutachten. Darin machen die Verfasser darauf aufmerksam, dass ihre Empfehlungen bislang keinen Eingang in das Wahlgesetz gefunden haben und dass die im August 2009 beschlossenen Änderungen in einigen Aspekten vielmehr einen Rückschritt in der Wahlgesetzgebung bedeuten. Im Folgenden seien die wesentlichen Kritikpunkte genannt.

### AUFSTELLUNG UND REGISTRIERUNG DER KANDIDATEN

Die zurzeit geltenden Regelungen schränken das passive Wahlrecht der ukrainischen Bürger ein durch:

- exzessive Anforderungen hinsichtlich der Kautionssumme und ihrer Rückzahlungsmodalitäten sowie die daraus resultierende Diskriminierung von sich selbst aufstellenden Kandidaten;
- unklare Regelungen bezüglich der Einkunfts- und Vermögensauskünfte, da der Begriff „Familie“ nicht klar geregelt ist;
- Zeitvorgaben hinsichtlich der Registrierung von politischen Parteien, die einen Kandidaten aufstellen wollen, und zu detaillierte Vorgaben für die Durchführung von Nominierungsparteitagen;

### WAHLKAMPAGNE (IM UKRAINISCHEN GESETZESWORTLAUT: WAHLGITATION)

Die zurzeit geltenden Regelungen erlauben lediglich den wahlberechtigten Ukrainern an der Wahlkampagne teilzunehmen, worunter z.B. die Besprechung der Wahlprogramme fällt. Dies diskriminiert all diejenigen, die sich auf dem Territorium der Ukraine aufhalten und könnte dazu führen, dass deren Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheiten eingeschränkt werden.

### WAHLORGANISATION

Es hat sich bei den vergangenen Wahlen gezeigt, dass viele große Wahllokale nicht im Stande waren eine effiziente Arbeit der Wahlkommission zu gewährleisten. Die heutige Zahl von bis zu 3.000 Wählern ist daher zu groß und sollte stark reduziert werden. Optimal wäre eine Wahllokalgröße von bis zu 1.500 Wählern.

Ein wesentlicher Kritikpunkt betrifft auch die Zusammensetzung der Wahlkommissionen. Es ist zu befürworten, dass Präsidentschaftskandidaten Wahlkommissionsmitglieder auf Wahlkreis- und Wahllokalebene vorschlagen können. Dies trägt zur Vertretung eines pluralistischen Parteiensystems bei der Wahlorganisation bei. Allerdings könnte die Bedingung, die Wahlkommissionsmitglieder müssten ihren Wohnsitz im entsprechenden Wahlkreis haben, diese Regelung dort aushöhlen, wo ein Kandidat nur wenig Unterstützung hat; besonders aber in Wahlhochburgen.<sup>4</sup> Durch die Nominierung partei- oder kandidatennaher Kommissionsmitglieder ist zudem die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Wahlkommissionen gefährdet, da keine expliziten Regelungen bezüglich der unabhängigen Wahlkommissionsmitglieder getroffen werden.

Ein Problem stellen zudem Vorschriften dar, die a) den Ausschluss eines Kommissionsmitglieds und b) die Auflösung einer Wahlkommission betreffen. In beiden Fällen ist das notwendige Entscheidungsquorum zu niedrig und sollte auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Kommissionsmitglieder erhöht werden. Diese Regelungen eröffnen sonst Möglichkeiten für Wahlmissbrauch. Unliebsame oder politisch unbequeme Personen könnten schnell deren Opfer werden. Dies betrifft vor allem kleine Wahllokalwahlkommissionen oder Zeiten, in denen die Wahlkommissionen nicht vollständig besetzt sind.

## WAHLFINANZIERUNG

Die Wahlfinanzierung erfordert mehr Transparenz. Bislang gibt es nur Regelungen die eine Rechenschaftslegung über die Höhe (Einzahlungen) und die Verwendung des Wahlbudgets eines Kandidaten nach den Wahlen erfordern. Zusätzliche Vorgaben, welche Informationen genau der finanzielle Rechenschaftsbericht enthalten soll, fehlen.

Die Kaution in Höhe von 2.500.000 Hrywnja (ca. 208.000 Euro) und fehlende Ausgabenbeschränkungen können wettbewerbsverzerrend wirken. Dadurch werden automatisch Kandidaten mit einer besseren finanziellen Ausgangslage bevorzugt. Eine weitere Schwäche in der Gesetzgebung liegt darin, dass Parteien keine Kandidaten finanziell unterstützen dürfen, die sie nicht aufgestellt haben. Benachteiligt sind unabhängige Kandidaten und kleine Parteien. Diskriminierend ist ebenso die Regelung, wonach die nicht genutzten Geldressourcen eines unabhängigen Kandidaten nach der Wahl dem Staatsbudget zufließen. Sonst werden sie auf die Parteienkonten überwiesen.

## WÄHLERREGISTRIERUNG

Wählerlisten sollten vor Wahlmissbrauch geschützt sein. Sollten von Personen Beschwerden eingereicht werden, die Dritte betreffen, so müssten betroffene Personen darüber informiert werden. Darüber hinaus hält die Venedig-Kommission die Möglichkeit einer zu kurzfristigen Beschwerde (bis zu einer Stunde vor Schließung der Wahllokale) in dieser Hinsicht für genauso

---

<sup>4</sup> Die entsprechenden §23 Abs. 6 und §24 Abs. 9 PräsWahlG sind am 19.10.2009 für verfassungswidrig erklärt worden.

bedenklich wie die Voraussetzungen für Korrekturen von Seiten der Wahlkommissionsmitglieder.

## DURCHFÜHRUNG DER WAHL

Das Recht der Wahllokalkommissionen, Änderungen im Wahlzettel vorzunehmen, sollte aufgehoben werden. Handschriftliche Durchstreichungen könnten zu Missbräuchen und Verletzung des Wahlheimnisses führen.

Der Kontrollabschnitt, der Wahlfälschungen erschweren soll, könnte ebenso missbraucht werden, sollte er auf einen bestimmten Wähler zurückgeführt werden können.

Eine faire Platzierung auf dem Wahlzettel gewährleistet nicht die alphabetische Reihenfolge, sondern ein Losverfahren. Die Möglichkeit „gegen alle“ zu stimmen, sollte nicht gegeben sein, da der Wähler zu einer Stimmabgabe für einen Kandidaten veranlasst werden soll. Außerdem zeigt die aktuelle Praxis, dass durch eine Familiennamensänderung die Option „gegen alle“ missbraucht werden kann. Für die kommende Wahl hat sich bereits ein Kandidat mit dem Nachnamen „Protywsich“ („Gegenalle“) registrieren lassen.

Die Möglichkeit einer mobilen Wahl ist *per se* lobenswert. Die bisherigen Erfahrungen mit der sogenannten „Wanderurne“ werfen jedoch viele Fragen auf. Zum einen erscheint die Registrierung als Teilnehmer an einer mobilen Wahl zwölf Stunden vor Wahlbeginn zu kurzfristig. Zum anderen bieten die Vorschriften, a) die Anzahl der „mobilen“ Wahlzettel müsse genau mit der Anzahl der registrierten Wähler und b) die Anzahl der Wahlzettel in der Wahlurne müsse genau mit der Anzahl in der beiliegenden Kontrollliste übereinstimmen, nur vordergründig Schutz vor Wahlmissbrauch. Hingegen erlaubt es die Vorschrift a) dem Wähler nicht, den durch ihn verursachten und festgestellten Fehler zu korrigieren und so einen Wahlzettel zu vernichten. Auf der Grundlage von Vorschrift b) könnte die ganze mobile Wahl wegen eines überzähligen Wahlzettels für ungültig erklärt werden. Dies lässt Raum für willkürliche Entscheidungen. Außerdem können im Wahllokal in Abwesenheit von drei Wahlkommissionsmitgliedern schnell „notwendige“ Zwei-Drittel-Mehrheiten gebildet werden.

## WAHLBEOBACHTUNG

Das geltende Wahlgesetz sieht keine inländischen unabhängigen Wahlbeobachter vor. Dieser Umstand muss geändert werden. Rechte ausländischer Wahlbeobachter und solcher, die einer internationalen Organisation angehören, sind durch mehrere unklare Formulierungen gefährdet und bedürfen ebenso einer Neuformulierung. So dürfen Ausländer *expressis verbis* nicht an der Wahlkampagne teilnehmen, worunter z.B. Besprechungen der Wahlprogramme und Kandidateneignung für das Amt des Präsidenten fallen. Ebenso sind ausländische Wahlbeobachter angehalten, Pressekonferenzen entsprechend den Anforderungen ukrainischer Gesetzgebung abzuhalten. Weiterhin sind temporäre Gruppenbildungen zwischen den Wahlbeobachtern nur mit Erlaubnis der Zentralen Wahlkommission gestattet. Somit könnten Missinterpretationen genannter Regelungen zu Grundrechtsverletzungen führen. Die Vorschrift, Wahlbeobachtermissi-

onen endeten mit der Feststellung des Wahlergebnisses durch die Zentrale Wahlkommission, könnte die Beobachtung der Anfechtungsklagen und –prozesse verhindern und sollte daher geändert werden.

Es sollte zudem genauer geklärt werden, in welchen Fällen den Wahlbeobachtern das Recht entzogen werden kann, an den Sitzungen der Wahlkommission teilzunehmen. Die bisherige Formulierung „unrechtmäßige Behinderung“ ist zu vage; das für die Entscheidung notwendige Quorum einer einfachen Mehrheit der anwesenden Kommissionsmitglieder zu gering.

Die gestatteten Foto-, Film- und Audioaufnahmen könnten zur Verletzung des Wahlgeheimnisses beitragen.

## AUSZÄHLUNG DER STIMMEN, BEKANNTGABE DER WAHLERGEBNISSE

Es ist anzunehmen, dass die Ungültigkeit der Wahl von einer Wahllokalwahlkommission erklärt werden kann. Diese Möglichkeit kann zu Wahlmanipulationen führen und sollte daher höheren Instanzen überlassen werden. Die Kommissionen vor Ort sollten die Unregelmäßigkeiten bei der Wahl lediglich feststellen und protokollieren. Die Zehn-Prozent-Klausel - wonach die Wahl in einem Wahllokal für ungültig erklärt werden kann, sollte die Anzahl der Wahlzettel die Zahl der Wähler, die an der Wahl teilgenommen haben, um zehn Prozent übersteigen - erlaubt eine Wahlfälschung von bis zu 9,99 Prozent. Durch die Differenz zwischen dieser Klausel und den Auszählungsbestimmungen bei der mobilen Wahl, findet eine Benachteiligung der an der mobilen Wahl teilnehmenden Wähler statt.

Die den Mitgliedern der Wahllokalwahlkommissionen im §78 Abs. 29 PräsWahlG gewährte Möglichkeit der Nachprüfung und –zählung sollte klar definiert sein. Sowohl die Häufigkeit also auch das Verfahren müssen klar geregelt und transparent sein.

Die Regelungen bezüglich der Feststellung des Wahlergebnisses durch die Wahlkreiswahlkommission sind zu revidieren. Sie könnten dazu führen, dass Wahlergebnisse ganzer Wahllokale unberücksichtigt bleiben.

Für die Feststellung des Wahlergebnisses sollten die gültigen Stimmen herangezogen werden und nicht die Stimmen der Wahlbeteiligten, wie es im Gesetzestext heißt. Zudem sollte aus dem Gesetz unmissverständlich hervorgehen, ob die Veröffentlichung in ausgewählten Zeitungen Teil der offiziellen Bekanntgabe des Wahlergebnisses ist, um Anfechtungen aus formalen Gründen ausschließen zu können.

Unklar bleibt auch der Rechtsstatus einzelner Ergebnisprotokolle, die von der Zentralen Wahlkommission anzufertigen sind. Weder das „Protokoll über die Wahlergebnisse“ noch das „Protokoll über das Endergebnis der Präsidentschaftswahl“ enthält Angaben zu Einzelergebnissen in Wahllokalen und Wahlkreisen. Idealerweise, so die Venedigkommission, sollten Informationen unterschiedliche Aspekte des Wahlgangs beinhalten und wahllokalbezogen sein. Dies würde die Transparenz der Wahl erhöhen, eine bessere Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit der Ergebnisse gewährleisten und mehr Vertrauen in die Rechtmäßigkeit des Wahlvorgangs schaffen.

## ANFECHTUNG DES WAHLPROZESSES UND DER WAHLERGEBNISSE

Die im August 2009 beschlossenen Änderungen des Wahlgesetzes haben das Recht und die Möglichkeit, das Wahlergebnis anzufechten, deutlich verschlechtert. Insgesamt sind entsprechende Änderungen des Gesetzes als Rückschritt in der Wahlgesetzgebung zu bewerten.

Problematisch erscheint in erster Linie, dass die Wahlergebnisse, die von Wahllokal- und Wahlkreiswahlkommissionen festgestellt werden, nicht angefochten werden können (§109 der Verwaltungsgerichtsordnung). Erst das endgültige, durch die Zentrale Wahlkommission erklärte Ergebnis ist anfechtbar. Dies ist umso prekärer, da die Zentrale Wahlkommission Beschwerden außer Acht lässt, die sich gegen die Arbeit der ihr unterstehenden Wahlkommissionen richten (§ 84 Abs.7 PräsWahlG). Schließlich darf sich Verwaltungsrechtsprechung nicht auf Streitfälle erstrecken, die die Wahlausrufung, ihre Vorbereitung oder Durchführung betreffen (§99 Abs.4 PräsWahlG). Alle genannten Bestimmungen sind vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden.<sup>5</sup>

Darüber hinaus könnten die bereits erwähnten Schwächen der Protokollerstellung Anfechtungsmöglichkeiten stark reduzieren. Denn zum einen werden darin keine Wahlergebnisse im Einzelnen aufgeführt, die man anfechten könnte. Zum anderen könnte argumentiert werden, dass ein Protokoll kein Rechtsakt ist, gegen den man juristisch vorgehen könne. Entsprechende Änderungen sollten Konsequenz aus den Erfahrungen des Jahres 2004 sein. Unter dem Vorwand, ein Ergebnisprotokoll sei nur eine „arithmetische Kalkulation“, ignorierte damals die Zentrale Wahlkommission alle Klagen, welche die auf Wahlkreisebene erstellten Protokolle zur Anfechtungsgrundlage hatten. Ebenso könnte die besonders kurze Zeitvorgabe für Anfechtungen der Vorgänge am Wahltag dazu führen, dass Wahlmissbrauch keine Beachtung findet.

## FAZIT UND AUSBLICK

Die genannten Schwächen des Wahlgesetzes haben teilweise dazu geführt, dass manche Bestimmungen für verfassungswidrig erklärt worden sind. Andere waren hingegen kein Bestandteil der Verfassungsklage, bedürfen aber trotzdem einer Überarbeitung. Der Gesetzesentwurf von Präsident Juschtschenko, auf dessen Grundlage zurzeit Gesetzesänderungen erarbeitet werden, greift viele Anmerkungen der Venedigkommission auf. Diese sehen beispielsweise vor:

- Rückzahlung der Kautions an Kandidaten, die nicht weniger als 7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen können;
- Verkleinerung der Wahllokale auf eine maximale Größe von 2.500 Wählern;
- Abschaffung der Vorschrift, dass Mitglieder der Wahlkommission im betroffenen Wahlkreis ihren Wohnsitz haben müssen;

---

<sup>5</sup> Ebenso ist §99 Abs. 6 für verfassungswidrig erklärt worden, wonach das Gericht berechtigt ist, alle Beschwerden außer Acht zu lassen, die es nicht innerhalb von zwei Tagen nach Schließung der Wahllokale verhandelt hat.



- Zulassung inländischer Wahlbeobachter;
- Erhöhung des Abstimmungsquorums auf Zwei-Drittel der Kommissionsmitglieder in angemahnten Fällen;
- Änderungen im Endergebnisprotokoll unter Auflistung einzelner Wahlergebnisse in Wahlkreisen;
- Punkte, die Anfechtungsklagen vorsehen, werden von Juschtschenkos Gesetzesentwurf nicht berührt. Lediglich §99 PräsWahlG soll dahingehend geändert werden, dass alle Klagen in Zusammenhang mit der Organisation und Durchführung der Wahl in Einklang mit der Verwaltungsgerichtsordnung zu behandeln sind.

Es ist sehr zu bemängeln, dass wesentliche Punkte der Wahlgesetzgebung zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Publikation noch überarbeitet werden müssen. Weder die Wähler noch die potentiellen Wahlkommissionsmitglieder kennen den aktuellen Rechtsstand und können kaum ausreichend über ihre Rechte aufgeklärt werden. Dennoch bleibt zu hoffen, dass die größeren Schwächen der Wahlgesetzgebung rechtzeitig beseitigt werden können, um z.B. wirksame Anfechtungsmechanismen zuzulassen. Sonst könnte es spätestens nach Feststellung und Verkündung des erneut zu Protesten kommen.

## 4. DIE KANDIDATEN

### 4.1 WIKTOR JUSCHTSCHENKO



[www.nashvybir.com.ua](http://www.nashvybir.com.ua)

Offizielle Internetseite des Politikers (Ukrainisch)

[www.razom.org.ua](http://www.razom.org.ua)

Offizielle Internetseite der Partei „Nascha Ukraina“ („Nascha Ukraina“; Ukrainisch)

*Wiktor Juschtschenko trat zunächst als eigenständiger Kandidat an und wurde nachträglich von der Partei „Nascha Ukraina“ als Präsidentschaftskandidat bestätigt. Er wird von den aus „Nascha Ukraina“ durch Abspaltungen hervorgegangenen Parteien „Für die Ukraine“ (Wjatscheslaw Kyrilenko) und „Einheitliches Zentrum“ (Ihor Kril, Wiktor Baloha) unterstützt.*

Amtsinhaber Wiktor Juschtschenko präsentiert in der Wahlkampagne seine Errungenschaften der vergangenen fünf Jahre. Dazu gehören unter anderem die gesteigerte Geburtenrate und die Rückbesinnung auf die nationale ukrainische Geschichte. Die tatsächlich überwiegend negative Bewertung der Leistungen des ukrainischen Präsidenten durch die ukrainischen Wähler schlägt sich dagegen jedoch bereits seit längerer Zeit in seinen geringen Zustimmungswerten nieder. Nachdem Juschtschenko auf dem Höhepunkt der Orangen Revolution von 80 Prozent der Ukrainer unterstützt wurde, lagen seine Werte zum Ende der Amtszeit bei nur noch etwa drei Prozent. Juschtschenkos Person ist in den Augen vieler ukrainischer Bürger das Sinnbild für die enttäuschten Hoffnungen der Orangen Revolution.

Es ist aber festzuhalten, dass der inhaltliche Wahlkampf Juschtschenkos für die Wahlen 2010 sich wie bei keinem anderen Kandidaten auf die tatsächlichen Kompetenzen des Präsidentenamtes bezieht. Mit der Verankerung der Ukraine im Westen, der Stärkung der ukrainischen nationalen Identität, der Aufarbeitung der Vergangenheit und einer liberalen, marktwirtschaftlichen Orientierung versucht Juschtschenko Akzente für die langfristige Entwicklung des Landes zu setzen. In den Augen vieler Ukrainer hat sich aber in den vergangenen Jahren herausgestellt, dass Juschtschenko nicht dazu in der Lage war, diese Überzeugungen, die von vielen Bürgern geteilt werden, in konkrete Politik umzusetzen.

Juschtschenkos politische Zukunft im Falle einer verlorenen Wiederwahl ist unklar. Seit einiger Zeit versucht er zusammen mit dem alten Weggefährten Roman Bessmertnyj die Partei „Nascha Ukraina“ wiederzubeleben und für die nächsten Parlamentswahlen aufzubauen. Auch hal-

ten sich in Kiew Spekulationen um einen Handel Juschtschenkos mit der Partei der Regionen von Wiktor Janukowytsch, der Juschtschenko erneut zum Premierminister machen könnte. Dies ist jedoch höchst unwahrscheinlich.

#### WIKTOR ANDREIJEWYTSCH JUSCHTSCHENKO

Derzeit Präsident der Ukraine, Vorsitzender der Partei „Nascha Ukraina“, Doktor der Wirtschaftswissenschaften.

Familienstand: Wiktor Juschtschenko ist verheiratet, hat drei Töchter und zwei Söhne sowie zwei Enkelkinder.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 1.041.060 Hrywnja (ca. 86.755 Euro); 3.014.181 (ca. 251.181 Euro) auf Konten; Wertpapiere mit einem Nominalwert von 927 Hrywnja (ca. 77 Euro); (131.385 m<sup>2</sup> Land, ein Haus mit 656,1 m<sup>2</sup> Wohnfläche, eine Wohnung mit 371,9 m<sup>2</sup>; ein Auto der Marke Saporoshez ZAZ-965 und ein Motorrad der Marke Harley Davidson.

Wiktor Juschtschenko wurde 1954 in einem Dorf im Gebiet Sumy in einer Lehrerfamilie geboren. Er schloss 1975 das finanzökonomische Institut in Ternopil ab, danach war er kurz Hauptbuchhalter in einer Kolchose der Region Iwano-Frankiwsk, anschließend ein Jahr Militärdienst an der armenisch-türkischen Grenze. Von 1976 bis 1985 war er Filialleiter der sowjetischen Staatsbank in Uljaniwka, in der Region Sumy. Ab Juli 1985 arbeitete er bei der Abteilung für „Kreditierung und Finanzierung der Landwirtschaft“ bei der Staatsbank der UdSSR und wechselte 1987 zur Kiewer Filiale der Agroprombank der UdSSR. Von 1990 bis 1993 arbeitete er bei der Aktionärsbank „Ukraina“, danach wurde Ernennung zum Präsidenten der Nationalbank. Maßgeblich war er an der Ausarbeitung der Währungsreform zur Einführung der Hrywnja im Jahre 1996 beteiligt.

1999 folgte seine Ernennung zum Ministerpräsidenten der Ukraine. Er beteiligte sich danach 1999 am Wahlkampf von Leonid Kutschma, geriet jedoch immer mehr in Konflikt zu dessen Positionen. Juschtschenko wurde im April 2001 nach einem Misstrauensvotum des Parlaments aus dem Amt des Ministerpräsidenten entlassen. Von 2001 bis 2004 war er Leiter des ukrainisch-russischen Jelzin-Instituts für Management.

Im Januar 2002 fand die Gründung des Wahlblockes „Nascha Ukraina“ („Nascha Ukraina“) aus zehn Parteien des Mitte-Rechts-Spektrums statt. Der Wahlblock wird unter Führung Wiktor Juschtschenkos mit 23,5% zur stärksten Kraft im Parlament, schaffte es jedoch nicht eine Regierungskoalition zu bilden. Bis Januar 2005 war Wiktor Juschtschenko Parlamentsabgeordneter für „Nascha Ukraina“.

Im Jahr 2004 trat Juschtschenko als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen an und gewann diese nach Aufdeckung von Wahlfälschungen und massiven Protesten der Bevölkerung in der Wiederholung des zweiten Wahlgangs gegen Wiktor Janukowytsch. Vor der Wahl wurde eine Dioxinvergiftung bei ihm festgestellt, die lebenslange sichtbare und unsichtbare Spuren hinterließ.

Seit Januar 2005 ist Wiktor Juschtschenko er Präsident der Ukraine.

## 4.2 JULIJA TYMOSCHENKO



[www.tymoshenko.ua](http://www.tymoshenko.ua)

Offizielle Internetseite der Politikerin (Ukrainisch, Russisch)

[blog.tymoshenko.ua](http://blog.tymoshenko.ua)

Offizielles Blog (Ukrainisch, Russisch, Englisch)

[vybory.tymoshenko.ua](http://vybory.tymoshenko.ua)

Offizielle Seite für den Wahlkampf (Ukrainisch, Russisch)

[www.byut.com.ua](http://www.byut.com.ua)

Offizielle Internetseite des Blocks (Ukrainisch)

[www.youtube.com/user/tymoshenkoua](http://www.youtube.com/user/tymoshenkoua)

Offizieller Youtube-Kanal

[tymoshenkoua.livejournal.com](http://tymoshenkoua.livejournal.com)

Offizielles Blog bei Livejournal (Ukrainisch)

*Julija Tymoschenko tritt als Kandidatin der Partei „Batkiwschtschyna“ an. Sie wird von den Parteien des Blocks Julija Tymoschenko, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der Ukraine und Reformen und Ordnung unterstützt. Aus der ehemaligen Wahlallianz „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“ unterstützen die Parteien Nationale Volksruch (Borys Tarasjuk), Christlich Demokratische Union der Ukraine (Wolodymyr Stratowytsch), Europäische Partei (Mykola Kateryntschuk) und die Bewegung „Selbstverteidigung des Volkes“ (Jurij Luzenko) ebenfalls die Präsidentschaftskandidatin Julija Tymoschenko.*

Julija Tymoschenko ist eine Frau mit einer Mission. Sie will endlich die vollständige Macht in der Ukraine. Nach den erfolgreichen vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 und der erneuten Amtsübernahme als Premierministerin bedeutet das für sie das Präsidentenamt. Das Programm ihrer Partei und ihres Wahlblocks besteht dabei einzig und allein in der Person Julija Tymoschenko. Inhaltliche und programmatische Erwägungen ordnet sie ihren persönlichen Ambitionen klar unter. Es werden diejenigen politischen Positionen vertreten, die Tymoschenko für den Machtgewinn nutzen. Julija Tymoschenko ist eine Meisterin darin, die Erwartungen der Bürger und politischen Partner im In- und Ausland zu erkennen und die richtigen Eindrücke zu erzeugen. In ihrer realen Politik als Premierministerin kam sie seit Ende 2007 dagegen kaum über kurzfristigen Aktionismus hinaus. Ihre Amtszeit als Premierministerin wird überschattet von fortwährenden Blockaden des Parlaments, entlassenen Ministern und anhaltenden Krisen und Problemen in einer Zeit des finanziellen und wirtschaftlichen Absturzes der Ukraine.

Julija Tymoschenko ist ein Wahlkampf-Phänomen. Die charismatische Führerin ist mit weitem Abstand die stärkste und überzeugendste Kampagnenführerin. Ihr Wahlkampf und ihre Selbst-

inszenierung sind nach internationalen Maßstäben äußerst professionell, originell und fast schon modellhaft. Mit ihrer riesigen Kampagne gelingt es Tymoschenko, vor den Präsidentschaftswahlen 2010 von ihrer Verantwortung als Premierministerin abzulenken und sich unabhängig von schlechtem Krisenmanagement bei der Grippeepidemie, andauernden Gaskrisen und enormen Haushaltsproblemen eine reale Chance auf den Sieg zu erarbeiten.

Inhaltlich ist die Politik von Tymoschenko nur schwer zu fassen. Neben den in der Ukraine vor Wahlen üblichen Versprechungen für sozial schwache und vor allem Rentner steht Tymoschenko immer wieder für staatliche Eingriffe und direktes staatliches Management der Wirtschaft. Ihre außenpolitische Linie beinhaltet nach eigenen Aussagen eine klare Orientierung zur Europäischen Union mit gleichzeitig strategischen und pragmatischen Beziehungen zur Russischen Föderation.

Julija Tymoschenko ist in der vergleichsweise bequemen Lage, als amtierende Premierministerin mit der Unterstützung einer starken parlamentarischen Fraktion in die Präsidentschaftswahlen zu gehen. Im Falle einer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen wird sie sicher versuchen, die Kompetenzen der Regierung gegenüber dem Präsidenten weiter auszubauen während sie im Falle des Wahlsiegs auf eine starke Präsidentschaft setzen wird.

#### JULIJA WOŁODYMYROWNA TYMOSCHENKO

Derzeit Premierministerin der Ukraine, Vorsitzende der Partei „Batkiwtschyna“ („Vaterland“), Doktor der Wirtschaftswissenschaften

Familienstand: Julija Tymoschenko ist verheiratet und hat eine Tochter.

Finanzen: 2008 Einnahmen von 386.170,42 Hrywnja (ca. 32.180 Euro), keine Autos, keine Konten und keine Vermögenswerte

Julija Tymoschenko wurde 1960 in Dnipropetrowsk geboren. Mit 24 schloss sie ihr Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Staatsuniversität in Dnipropetrowsk mit Auszeichnung ab und arbeitete anschließend fünf Jahre als Wirtschaftsingenieurin bei einem Maschinenbaubetrieb in ihrer Heimatstadt.

Erste Erfahrungen als Unternehmerin sammelte sie ab 1988 als Besitzerin eines Videoverleihs. 1991 gründete sie gemeinsam mit ihrem Ehemann die Firma „Korporazija Ukrajinskyj Bensyn“, die sich hauptsächlich mit dem Handel von Erdölprodukten beschäftigte. Von 1995 bis 1997 war sie Chefin des Energiekonzerns EESU (Vereinte Energiesysteme der Ukraine). Der Erfolg der EESU wird oft mit der Schirmherrschaft Lasarenkos verbunden, der von September 1996 bis Juli 1997 die Posten des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Ministerpräsidenten bekleidete.

1996 wurde Tymoschenko für den Wahlkreis Kirowohrad in das ukrainische Parlament gewählt. Im Jahr 1997 gründete Pawlo Lasarenko die Partei „Hromada“ („Gemeinschaft“), in der Tymoschenko als stellvertretende Parteivorsitzende agierte. Unter Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko wurde Tymoschenko 1999 zu dessen Stellvertreterin mit Verantwortung für den Energiebereich ernannt.

Nach dem Korruptionsskandal um Lasarenko und dem Ende seiner Partei gründete Tymoschenko gemeinsam mit ihrem langjährigen politischen Weggefährten Olexandr Turtschynow im Jahr 1999 die Partei „Batkiwtschyna“ („Vaterland“), deren Vorsitzende sie bis heute ist.

Im Januar 2001 wurde sie per Erlass von Präsident Leonid Kutschma als Stellvertreterin des Ministerpräsidenten entlassen. Im Jahre 2001 waren sie und ihr Mann als ehemalige Leiter der EESU einige Wochen lang wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung in Untersuchungshaft. In Russland lief außerdem gegen sie ein Verfahren wegen Bestechung von Militärs. Deshalb befand sie sich bis Anfang Dezember 2004 auf der Fahndungsliste von Interpol.

Von 2001 an war Julija Tymoschenko eine der treibenden Kräfte in der Opposition gegen die autoritäre Herrschaft von Präsident Leonid Kutschma. Bei den Parlamentswahlen 2002 trat ihre Partei erstmals in einem Bündnis mit anderen Parteien als „Block Julija Tymoschenko“ an. Im Jahr 2004 war sie Mitbegründerin der Koalition „Syla narodu“ („Volkskraft“) zur Unterstützung von Wiktor Juschtschenko bei den Präsidentschaftswahlen. Im Herbst 2004 war sie eine der Leitfiguren der Orangen Revolution.

Im Februar 2005 wurde sie zur Premierministerin gewählt. Ihre erste Amtszeit als Premierministerin war durch einen raschen Rückgang des BIP-Wachstums und eine Reihe von Krisen (die sogenannten Benzin-, Fleisch-, Währungs-, Getreide- und andere) gekennzeichnet. Spannungen mit anderen hochrangigen Beamten aus der Umgebung des Präsidenten haben ihre Aktivitäten begleitet. Im September 2005 wurde sie per Erlass von Präsidenten Juschtschenko aus dem Ministerpräsidentenamt entlassen.

Danach befand sie sich mit ihrer Partei bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 in der Opposition und wurde im Dezember 2007 mit den Stimmen ihres Blocks und des Wahlblockes „Nascha Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes“ zur Ministerpräsidentin gewählt.

## 4.3 WIKTOR JANUKOWYTSCH



[www.yanukovych.com.ua](http://www.yanukovych.com.ua)

Offizielle Internetseite des Politikers (Ukrainisch, Russisch, Englisch)

[www.partyofregions.org.ua](http://www.partyofregions.org.ua)

Offizielle Internetseite der Partei der Regionen (Ukrainisch, Russisch, Englisch)

*Wiktor Janukowytsch tritt als Kandidat der Partei der Regionen an.*

Wiktor Janukowytsch will bei den Präsidentschaftswahlen 2010 die persönliche Schmach des Jahres 2004 wiedergutmachen. Die damals durch Fälschungen und demonstrative Unterstützung des russischen Präsidenten Putin schon sicher geglaubte Wahl ging mit den Ereignissen der Orangen Revolution verloren. Der Kandidat Janukowytsch des Jahres 2010 ist dabei ein völlig anderer als noch vor fünf Jahren. Der Vorsitzende der Partei der Regionen mit den Hochburgen im Osten des Landes gibt sich moderner und jovial. Noch immer fühlt sich Janukowytsch im Kreise von Arbeitern und Bergleuten zwar sichtlich wohler als unter Diplomaten und Experten. Aber er hat gelernt, seine Rhetorik anzupassen und Ausfälle und grobe Fehler weitgehend zu vermeiden.

In der Kampagne gibt sich Janukowytsch volksnah und sammelte per Telefonaktion die Anliegen der Bürger, um sie dann in seine Kampagne einfließen zu lassen. Die Zersplitterung und Zerstrittenheit des einstmaligen Orangen Lagers spielen ihm in die Hände. Letztlich muss Janukowytsch in der Kampagne gar nicht viel tun und liegt in den Umfragen dennoch deutlich in Führung.

In vielen Punkten unterscheidet sich das Wahlprogramm Janukowytschs von dem Tymoschenkos nur im Stil und nicht in der Substanz. Den Kern bilden populistische Sozialversprechen an Familien und Rentner. Außenpolitisch betont Janukowytsch die Fortführung der Annäherung an Europäische Union und die Einrichtung der Freihandelszone bei gleichzeitig guten Beziehungen zu Russland. Die Unterschiede liegen beim stärkeren Akzent auf den gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Russland, Belarus und Kasachstan sowie bei der von Janukowytsch befürworteten Anerkennung von Abchasien und Südossetien.

Für Janukowytsch steht bei den Präsidentschaftswahlen auch die politische Karriere auf dem Spiel. Nach der Niederlage 2004 und der Abwahl als Premierminister bei den vorgezogenen Neuwahlen 2007 bleibt ihm jetzt die letzte Chance auf das Präsidentenamt. Eine Niederlage würde sehr wahrscheinlich zu seinem Sturz als Parteiführer und einer Neuaufstellung der Partei der Regionen oder sogar zu einer Spaltung führen.

## WIKTOR FJODOROWYTSCH JANUKOWYTSCH

Derzeit Vorsitzender der „Partei der Regionen“, Parlamentsabgeordneter, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Professor, Akademiker der Wirtschaftsakademie der Ukraine

Gesetzesinitiativen: Beschränkung der Abgeordnetenimmunität, Stärkung der Organe der lokalen Selbstverwaltung, Erhöhung des parlamentarischen Einflusses auf den Präsidenten und die Regierung

Familienstand: Wiktor Janukowytsch ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 4.857.923,30 Hrywnja (derzeit ca. 404.826 Euro), 934.135,04 Hrywnja (derzeit ca. 77.844 Euro) auf Konten; Unternehmensanteile über 6.567 Hrywnja (ca. 567 Euro); ein Haus mit 619,6 m<sup>2</sup> Wohnfläche sowie eine Wohnung mit 239,4 m<sup>2</sup> Wohnfläche; keine Autos

Wiktor Janukowytsch wurde 1950 in Jenakijewe (Region Donezk) geboren. Mit 17 Jahren wurde er für Raub und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu drei Jahren Haft verurteilt. Im Zuge einer Amnestie musste er jedoch nur anderthalb Jahre Haft verbüßen. Im Jahre 1970 wurde er erneut zu zwei Jahren Freiheitsentzug aufgrund von Körperverletzung verurteilt, kam jedoch bereits nach neun Monaten wieder frei. Im Dezember 1978 wurden seine Freiheitsstrafen von dem Donezker Gebietsgericht aufgehoben. Mit 23 machte er einen Abschluss am Bergbautechnikum in Jenakijewe. 1980 schloss er das Polytechnische Institut in Donezk (Fernstudium, Fakultät Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugbetrieb) ab. Im Jahr 2000 verteidigte Wiktor Janukowytsch seine wirtschaftswissenschaftliche Dissertation zum Thema: „Entwicklungsmanagement der Infrastruktur einer großen Industrieregion“ in Donezk. 2001 erhielt er ein Diplom der Außenhandelsakademie der Ukraine (Fakultät Internationales Recht).

Von 1969 bis 1976 arbeitete er im Eisenwerk in Jenakijewe. Ab 1976 leitete er acht Jahre lang einen Kraftfahrzeugbetrieb in Jenakijewe. In den Folgejahren hatte er verschiedene leitende Positionen bei unterschiedlichen Arbeitgebern in der Region inne.

1996 folgte die Ernennung zum stellvertretenden Gouverneur des Gebietes Donezk. Danach war er von 1997 bis 2002 Gouverneur des Gebietes.

Im November 2002 ernannte ihn Präsident Leonid Kutschma zum Premierminister. 2003 übernahm Janukowytsch die Stelle des Vorsitzenden der Partei der Regionen der Ukraine. Im Juli 2004 wurde er von der Partei bei den Präsidentschaftswahlen aufgestellt.

Seine Wahlkampagne hatte einen starken finanziellen Rückhalt und zeichnete sich durch verstärkten Druck auf Staatsbedienstete aus. Janukowytsch gewann den zweiten Wahlgang am 21. November. Die folgenden andauernden Massenproteste (Orange Revolution) führten dazu, dass der Oberste Gerichtshof in Kiew im Dezember die Stichwahl für ungültig erklärte und eine Wahlwiederholung angeordnet wurde. Am 26. Dezember verlor er mit einem Abstand von etwa sechs Prozent die Wahlen.

Anschließend erschien er fast gar nicht mehr in politischem Leben des Landes. Man sprach von seinem „politischen Tod“. Er behielt aber seine Stelle als Vorsitzender der Partei der Regionen, welche im Jahr 2006 eine Renaissance erlebte. Bei den Parlamentswahlen 2006 hatte die Partei die Mehrheit der Stimmen gewonnen und bildete zusammen mit Sozialisten und Kommunisten eine Koalition. Im August 2006 wurde Janukowytsch zum zweiten Mal Premierminister der Ukraine.

Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Herbst 2007 befand sich die Partei der Regionen in der Opposition und er leitete das Schattenkabinett.



#### 4.4. ARSENIJ JAZENJUK



[www.arseniy.org](http://www.arseniy.org)

Offizielle Internetseite des Politikers (Ukrainisch, Russisch)

[arseniy2010.livejournal.com](http://arseniy2010.livejournal.com)

Offizielles Blog bei Livejournal (Ukrainisch, Russisch)

[www.youtube.com/user/arseniy2010](http://www.youtube.com/user/arseniy2010)

Offizieller Youtube-Kanal

[www.frontzmin.org](http://www.frontzmin.org)

Offizielle Internetseite der Partei „Front für Veränderungen“ (Ukrainisch)

[www.openukraine.org](http://www.openukraine.org)

Offizielle Internetseite der Stiftung des Politikers (Ukrainisch, Englisch)

[www.twitter.com/Arseniy2010](http://www.twitter.com/Arseniy2010)

Offizieller Twitterkanal (Ukrainisch)

*Arsenij Jazenjuk tritt als eigenständiger Kandidat an. Während der Präsidentschaftskampagne gründete er die Partei „Front für Veränderungen“.*

Noch zu Jahresbeginn 2009 galt Arsenij Jazenjuk als der große Hoffnungsträger der ukrainischen Politik. Er profitierte von der Unzufriedenheit der ukrainischen Wähler mit den drei „großen“ Kandidaten Juschtschenko, Tymoschenko und Janukowytsh und lag in den Umfragen fast schon gleichauf mit der Premierministerin. Viele Unzufriedene aus dem einstmaligen „orange“ Lager und vor allem junge Leute sympathisierten mit Jazenjuk. Seine Wahlkampagne mit militärischem Design und Losungen wie „neue Industrialisierung“ und „das Land retten“ war dann jedoch nur wenig erfolgreich. Die Umfragewerte entwickelten sich im Verlauf der Kampagne ständig nach unten. Auch die neuerlich stärkere außenpolitische Orientierung auf Russland und ein kämpferischer, fast schon aggressiver Ton vermochten daran nichts zu ändern. Mit Aussagen wie: „Wenn die EU uns nicht will, wollen wir die EU auch nicht“ hat Jazenjuk zuletzt die Wähler eher verwirrt, als seine Popularität gesteigert.

Jazenjuk ist es allerdings gelungen, seine Partei „Front für Veränderungen“ zu gründen. Die Gelegenheiten für neue politische Kräfte sind bei den Kommunalwahlen im Mai 2010 günstig. Jazenjuk wird als sehr junger Kandidat aus der Kampagne 2010 sehr viel lernen können und langfristig in der ukrainischen Politik sicher eine wichtige Rolle spielen.

## ARSENIJ PETROWYTSCH JAZENJUK

Derzeit Parlamentsabgeordneter, Leiter der zivilgesellschaftlichen Initiative „Front Smin“ („Front für Veränderungen“)

Gesetzesinitiativen: NATO-Integration, Stipendien für Studenten, Bodengesetzgebung und Privatisierung der Staats- und Kommunalunternehmen

Familienstand: Arsenij Jazenjuk ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 999.931 Hrywnja (ca. 83.327 Euro); 5.216.079 Hrywnja (ca. 434.673 Euro) auf Konten; Unternehmensanteile über 28.232 Hrywnja (ca. 2.352 Euro); 3.012 m<sup>2</sup> Land, ein Haus mit 298,2 m<sup>2</sup> Wohnfläche, eine Wohnung mit 342,9 m<sup>2</sup> Fläche und ein Landhaus mit 114,5 m<sup>2</sup> Wohnfläche, keine Autos

Arsenij Jazenjuk wurde im Jahr 1974 in Tscherniwzi in einer Hochschullehrerfamilie geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tscherniwzi. Jazenjuk verteidigte 2001 seine wirtschaftswissenschaftliche Dissertation zum Thema: „Organisation des Systems der Bankenaufsicht und -regulierung in der Ukraine“.

Von 1992 bis 1997 leitete er eine eigene Rechtsanwaltskanzlei. Im Jahre 1998 zog Jazenjuk nach Kiew, wo er einen Beratungsposten bei der „Aval-Bank“ übernahm. Im Jahr 2001 wurde er zum Stellvertreter des Vorstandsvorsitzenden der Bank und im gleichen Jahr in die Regierung der Autonomen Republik Krim als Wirtschaftsminister berufen.

Im Januar 2003 wurde Jazenjuk zum Vizepräsidenten der Nationalbank der Ukraine ernannt. Ab 2004 leitete er kommissarisch die Zentralbank anstelle von Serhij Tihipko, der den Wahlstab des Präsidentschaftskandidaten Janukowytsch anführte. Im März 2005 wurde Jazenjuk zum Vizegouverneur des Gebietes Odessa ernannt. Nach der Entlassung der Regierung Tymoschenko im September 2005 leitete Jazenjuk das Wirtschaftsministerium der Ukraine. Von März bis Dezember 2007 stand Jazenjuk dem Außenministerium der Ukraine vor.

Nach den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 wurde Jazenjuk als Kandidat für den Posten des Parlamentspräsidenten vorgeschlagen und auf der Parlamentssitzung vom 4. Dezember 2007 gewählt. Neun Monate blieb er im Amt des Parlamentspräsidenten. Im September 2008 trat er zurück. Seine Entscheidung begründete er damit, dass die Regierungskoalition von den Blöcken „Nascha Ukraina - Selbstverteidigung des Volkes“ und Julija Tymoschenko scheiterte und eine Ausübung seines Amtes nun nicht mehr möglich war.

Erst im Mai 2009 erreichte Jazenjuk das nötige Mindestalter (35 Jahre) für eine Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen.

## 4.5 SERHIJ TIHIPKO



<http://www.tigipko.com>

Offizielle Internetseite des Politikers (Ukrainisch, Russisch, Englisch)

*Serhij Tihipko tritt als eigenständiger Kandidat an. Er beabsichtigt die Gründung einer eigenen Partei und erwähnt in der Kampagne auch einen „Block Tihipko“.*

Serhij Tihipko ist der „neue Mann“ in der ukrainischen Politik. War er schon vorher mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes eng verbunden, so etablierte er sich in der Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 2010 mit enormen finanziellem Aufwand als einer der wichtigsten Politiker des Landes. Tihipko ist in Plakatwerbung und Fernsehen nahezu omnipräsent. Er gibt sich als Pragmatiker und Experte und gewinnt derzeit als einziger der Kandidaten weiterhin signifikant an öffentlicher Zustimmung. Es hat allerdings deutlich den Anschein, dass Serhij Tihipko sich mit diesem Wahlkampf vor allem für das Ministerpräsidentenamt unter einem neuen Präsidenten empfehlen will. Vielfach wird auch vermutet, dass er mit Tymoschenko diesbezüglich bereits Absprachen getroffen hätte und dass beide ihre Wahlkämpfe koordinieren.

### SERHIJ LEONIDOWYTSCH TIHIPKO

Derzeit in keiner Tätigkeit, Co-Leiter des Investorenrates beim Ministerkabinett, Doktor der Wirtschaftswissenschaften

Familienstand: Serhij Tihipko ist verheiratet und hat vier Kinder.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 20.261.901,18 Hrywnja (ca. 1.688.491 Euro); 4.251.507,02 Hrywnja (ca. 354.292 Euro) auf Konten; Wertpapiere im Nominalwert von 6.605,17 Hrywnja (ca. 550 Euro); Unternehmensanteile im Wert von 46.507.973,52 Hrywnja (ca. 3.875.664 Euro); 37.769 m<sup>2</sup> Land, Häuser mit 1.252 m<sup>2</sup> Wohnfläche, Wohnung mit 419 m<sup>2</sup> Fläche; keine Autos

Serhij Tihipko wurde am 13. Februar 1960 in einem ukrainischen Dorf in der heutigen Republik Moldau geboren.

Im Jahre 1982 schloss er das Metallurgieinstitut in Dnipropetrowsk ab und erwarb die Qualifikation eines Metallurgieingenieurs. Nach dem Wehrdienst war er in der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei der Sowjetunion tätig.

Ab 1991 war Tihipko im Banksektor aktiv und dabei Mitbegründer der „Privatbank“. In den Jahren 1994-1997 fungierte er als externer Berater in Fragen der Geldpolitik bei Präsident Kutschma. Er verteidigte

1997 seine wirtschaftswissenschaftliche Dissertation zum Thema: „Staatliche Regulierung des Systems der Geschäftsbanken in der Ukraine“. Er war von 1999-2000 Wirtschaftsminister der Ukraine.

In den Jahren 2002-2004 stand Tihipko der Nationalbank der Ukraine vor. 2004 leitete er den Wahlkampfstab von Wiktor Janukowytsch, trat jedoch am 29. November vor der Stichwahl von diesem Posten und dem des Nationalbankpräsidenten zurück.

Von 2005 an leitet er die finanzindustrielle „TAS“ Gruppe (TAS sind die Initialen einer seiner Töchter), darunter die TAS-Kommerzbank, die TAS-Investbank, die Versicherungsfirmen TAS und TAS-Kapital, TAS-Klinik für Familienmedizin. Außerdem besitzt er das Maschinenbauunternehmen Kamet-TAS, das Werk Dneprometis und die TEKO GmbH. Im Jahre 2007 verkaufte er die TAS-Kommerzbank der schwedischen Swedbank. Nach dem Verkauf wurde Tihipko zum Vorstandsvorsitzenden der Swedbank in der Ukraine.

Im Jahre 2004 belegte er den 18. Platz unter den einflussreichsten Ukrainern (Version der Zeitschrift „Korrespondent“) und im Mai 2008 befand er sich auf dem 17. Platz unter den reichsten Ukrainern als Inhaber der Industriefinanzgruppe „TAS“.

Im März 2008 wurde Tihipko Berater von Julija Tymoschenko. Zusammen mit Tymoschenko gründete Tihipko zu einem Gründer des Investorenrates bei der Regierung der Ukraine. Ein Jahr später - im Juni 2009 - verließ er alle Posten.

## 4.6 WOŁODYMYR LYTWYN



<http://www.lytvyn-v.org.ua> - offizielle Internetseite des Politikers (Ukrainisch)

<http://www.narodna.org.ua> - offizielle Internetseite der Partei (Ukrainisch)

*Wolodymyr Lytwyn tritt als Kandidat der „Narodna Partija“ an. Er wird vom Block Lytwyn unterstützt.*

Parlamentspräsident Lytwyn und sein Block sind absolut spezialisiert darauf, in politischen Entscheidungssituationen das Zünglein an der Waage spielen zu wollen. Lytwyns prozedurale Spitzfindigkeiten und seine gleichzeitige politische inhaltliche Leere sind in der Ukraine fast schon sprichwörtlich. Die Präsidentschaftskampagne „Nur Lytwyn kann es“ ist in keiner Weise inhaltlich greifbar. Es geht einzig um die Sicherung der persönlichen Position Lytwyns in der politischen Landschaft der Ukraine.

### WOŁODYMYR MYCHAILOWYTSCH LYTWYN

Derzeit Vorsitzender des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada), Vorsitzender der „Narodna Partija“ („Volkspartei“), Doktor der Geschichtswissenschaften, Professor, Vizepräsident der Wissenschaftsakademie der Ukraine

Familienstand: Lytwyn ist verheiratet, hat eine Tochter und einen Sohn.

Gesetzesinitiativen: zum Status der Stadt Sewastopol, Privatisierungsprobleme, Landwirtschaft und Wissenschaft

Finanzen: 2008 Einnahmen von 657.337,68 Hrywnja (derzeit ca. 54.778 Euro); 213.129,13 Hrywnja (ca. 17.760 Euro), 53.305,95 Euro und 72.559,38 US-Dollar auf Konten; 4.698 m<sup>2</sup> Land und eine Wohnung mit 259,8 m<sup>2</sup> Fläche; ein Auto der Marke Toyota Landcruiser (5.563 cm<sup>3</sup>)

Wolodymyr Lytwyn wurde im Jahre 1956 in einer Bauernfamilie im Gebiet Shytomyr geboren. Im Jahre 1978 schloss er sein Studium an der Historischen Fakultät der Staatlichen Kiewer Universität ab. Seine Doktorarbeit verteidigte er 1984 zum Thema: „Die Tätigkeit der Kommunistischen Partei bei der Vervollkommnung der Ausbildung der Lehrer in den Sozialdisziplinen“. Danach arbeitete er bis 1986 als Dozent an der Universität. Von 1986 bis 1989 war Lytwyn im Bildungsministerium der Ukrainischen SSR tätig. 1991 kehrte er an die Universität zurück und lehrte dort für drei Jahre, wo er bis 1994 blieb, um danach seine politische Karriere in der nunmehr unabhängigen Ukraine zu beginnen.

Ab 1994 wurde Lytwyn zum Assistenten des frisch gewählten Staatspräsidenten Leonid Kutschma ernannt und stieg im November 1995 zum stellvertretenden Chef des Präsidialamtes auf. Von 1999 bis 2002 leitete er das Präsidialamt unter Präsident Kutschma.

Wolodymyr Lytwyn war einer der Protagonisten im Skandal um die Ermordung des kritischen Journalisten Georgij Gongadse. Die Aufklärung des Falls ist bislang nicht abgeschlossen.

2002 wurde er zum Vorsitzenden des ukrainischen Parlaments gewählt und blieb auf diesem Posten während der nachfolgenden zwei Jahre. Während der Orangen Revolution galt Lytwyn als prowestlich, jedoch nicht als Anhänger des westlich orientierten Präsidenten Wiktor Juschtschenko. Im Jahre 2004 wählte ihn die „Narodna Partija“ („Volkspartei“) zu ihrem Vorsitzenden.

Bei den Wahlen 2006 scheiterte sein Wahlbündnis „Narodnyj Blok Lytwyna“ („Volksblock Lytwyn“) an der Drei-Prozent-Hürde.

Bei den Parlamentswahlen 2007 schaffte das Bündnis mit knapp vier Prozent der Stimmen den Einzug ins Parlament. Nach dem Zerbrechen der Regierungskoalition zwischen dem Block Julija Tymoschenko und dem Block „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“ wählte das Parlament, nach Beteiligung des Blockes Lytwyn an der neuen Regierungskoalition, Wolodymyr Lytwyn im Dezember 2008 zum zweiten Mal zum Parlamentspräsidenten.

## 4.7 PETRO SYMONENKO



<http://www.kpu.net.ua> - Internetseite der Kommunistischen Partei der Ukraine (Ukrainisch, Russisch)

*Petro Symonenko tritt für einen „Block der linken und linkszentristischen Kräfte“ bestehend aus den Parteien der Kommunisten, der Partei „Sprawedlywist“ („Gerechtigkeit“), der „Union der linken Kräfte“ und der Sozialdemokratischen Partei (vereinte) an.*

Petro Symonenko ist bei ukrainischen Präsidentschaftswahlen so etwas wie der ewige Kandidat. Die Kommunistische Partei der Ukraine ist die einzige politische Kraft, die seit der ukrainischen Unabhängigkeit beständig eine Rolle in der Politik spielt. Die inhaltlichen Positionen Symonenkos mit der Anlehnung an Russland bis hin zur Wiederherstellung der Sowjetunion und Parolen zur Unterstützung der Rentner und zu Volkseigentum sind dabei ebenfalls unverändert von gestern. Aufgrund der ständig schrumpfenden Wählergruppe der Kommunisten versucht sich Symonenko auf der Plattform der „Union der linken und linkszentristischen Kräfte“ eine politische Zukunft zu sichern.

### PETRO MYKOLAJOWYTSCH SYMONENKO

Derzeit Abgeordneter im Parlament für die Fraktion der Kommunistischen Partei, Vorsitzender der Partei und der Fraktion, Mitglied des Parlamentsausschusses für Rechtsfragen

Gesetzesinitiativen: Erstattung der Bankeinlagen aus Sowjetzeiten, Rentenanhebungen, Preisfixierungen, Verstaatlichung von Unternehmen

Familienstand: Petro Symonenko ist verheiratet und hat drei Kinder

Finanzen: 2008 Einnahmen über 236.081,36 Hrywnja (ca. 19.673 Euro); eine 70 m<sup>2</sup> Wohnung; kein Geld auf Konten; keine Vermögenswerte; keine Autos

Petro Symonenko wurde 1952 in Donezk geboren. Er studierte von 1969-74 am Donezker Polytechnischen Institut und machte einen Abschluss als Bergbauingenieur und Elektromechaniker. Danach arbeitete er von 1974 bis 1978 in verschiedenen Positionen bei der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei der UdSSR in Mariupol und Donezk. Er trat 1978 der KPDSU bei und war von da an bis zum Verbot der Kommunistischen Partei 1991 im Parteiapparat in Donezk und Mariupol auf verschiedenen Positionen tätig. Im Jahre 1991 machte er einen Abschluss als Politologe am Kiewer Institut für Politologie und Gesellschaftsführung. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei 1991 hatte er eine Stelle als stellvertretender Geschäftsführer beim Kohleunternehmen „Ukrwuhlmasch“ in Donezk inne. Nach der Wiederzu-

lassung der Kommunistischen Partei 1993, wurde er zum Vorsitzenden der Donezker Gebietsorganisation gewählt und anschließend zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Ukraine. Er war von 1994 – 1996 Mitglied des Verfassungsausschusses der Werchowna Rada.

Bei den Parlamentschaftswahlen 1994, 1998, 2002, 2006 und 2007 wurde er jeweils als Nummer eins auf der Wahlliste der Kommunisten in das Parlament gewählt und führte auch die Fraktion an.

Bei den Präsidentschaftswahlen 1998 kam er in der ersten Runde auf den zweiten Platz mit 22,24% und musste sich in der zweiten Runde Leonid Kutschma mit 37,8% geschlagen geben. An den Präsidentschaftswahlen 2004 nahm er ebenfalls teil, gelangte jedoch mit 4,97% lediglich auf den vierten Platz.



## 4.8 INNA BOHOSLOWSKA



[www.inna.com.ua](http://www.inna.com.ua) - offizielle Internetseite der Politikerin (Ukrainisch, Russisch)

[www.viche.org](http://www.viche.org) - offizielle Internetseite Seite der Partei (Ukrainisch, Russisch, Englisch)

*Inna Bohoslawska tritt als eigenständige Kandidatin an.*

### INNA HERMANIWNA BOHOSLOWSKA

Derzeit fraktionslose Abgeordnete im Parlament der Ukraine (Werchowna Rada), Vizepräsidentin der Juristenvereinigung der Ukraine, Vorsitzende der Bürgervereinigung „Witsche“ („Volksversammlung“)

Gesetzesinitiativen: Korruptionsvorbeugung, Energiesicherheit, Produktqualität, Steuern

Familienstand: Inna Bohoslawska ist verheiratet, hat eine Tochter und einen Enkel.

Finanzen: 2008 Einnahmen von 811.413,61 Hrywnja (ca. 67.617 Euro); 234,80 Hrywnja (ca. 19 Euro) auf Konten; Wertpapiere im Nominalwert von 27.500 Hrywnja (ca. 2.291 Euro); Unternehmensanteile im Wert von 135.784,49 Hrywnja (ca. 11.315 Euro); keine Wohnungen, keine Grundstücke; ein Auto der Marke Mercedes-Benz CLS 350

Inna Bohoslawska wurde 1960 in Charkiw geboren. Sie schloss ihr Studium 1982 am juristischen Institut in Charkiw mit Auszeichnung ab und arbeitete danach in der regionalen Anwaltsvereinigung.

Im Jahre 1991 gründete sie ihre eigene Kanzlei mit Spezialisierung auf Wirtschaftsrecht. Später entstand daraus die Consultinggruppe „Prudence“, die 2002 zum assoziierten Mitglied der internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „BDO International“ wurde. 1997 wählte man sie zur stellvertretenden Leiterin der Juristenvereinigung der Ukraine.

Im Jahre 1998 wählte man sie in ihrem Charkiwer Wahlkreis in die Werchowna Rada. 2002 nahm sie an den Parlamentswahlen als Teil des Wahlblocks „Komanda Osimoho Pokolinnja“ („Team der Wintergeneration“) teil. Nach dem Scheitern des Parlamentseinzugs wurde von ihr die Bürgervereinigung „Witsche Ukrajiny“ („Volksversammlung der Ukraine“) mitbegründet. Beide Vereinigungen sowohl die „Komanda Osimoho Pokolinnja“ als auch „Witsche Ukrajiny“ wurden mit dem Oligarchen Wiktor Pintschuk, dem Schwiegersohn des damaligen Präsidenten Leonid Kutschma, in Verbindung gesetzt. Bei den Parlamentswahlen 2006 gelang es der Partei „Witsche“ ebenfalls nicht in das Parlament einzuziehen; sie scheiterte an der Drei-Prozent-Hürde. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 zog Inna Bohoslawska über die Liste der Partei der Regionen (4. Listenplatz) in das Parlament ein. Im Mai 2009 trat sie aus der Fraktion aus und kündigte ihre Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen an.

## 4.9 MYCHAJLO BRODSKYJ



[mihailobrodskiy.livejournal.com](http://mihailobrodskiy.livejournal.com) - Weblog des Kandidaten (Russisch, Ukrainisch)

*Mychajlo Brodskij tritt als eigenständiger Kandidat an.*

### MYCHAILO JURIJOWYTSCH BRODSKIJ

Derzeit Geschäftsführer des Unternehmens „Veneto“, Mitglied der Partei der Freien Demokraten, Präsident der Ukrainischen Basketballliga

Familienstand: Mychajlo Brodskij ist verheiratet und hat zwei Söhne und eine Tochter.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 18.604.335,73 Hrywnja (ca. 1.550.351 Euro); 2.407,94 Hrywnja (ca. 200 Euro) auf Konten; Wertpapiere im Nominalwert von 813.500 (ca. 67.791 Euro); Unternehmensanteile im Wert von 7.754.623,10 Hrywnja (ca. 646.218 Euro); 7.940 m<sup>2</sup> Land und ein Wohnhaus mit 849,8 m<sup>2</sup> Wohnfläche; ein Auto der Marke Toyota Landcruiser

Michajlo Brodskij wurde 1959 in Kiew geboren und ist ausgebildeter Maschinenbauingenieur und Ökonom. Er war von 1998 bis 2002 Parlamentsmitglied in der Fraktion der Partei „Jabluko“ (Apfel). Im Jahre 2002 kandidierte er bei den Präsidentschaftswahlen ohne Erfolg. Bei den Kiewer Stadtratswahlen 2006 wurde er für den Block Julija Tymoschenko in den Kiewer Stadtrat und seit Ende 2006 ist er fraktionsloses Stadtratsmitglied.

## 4.10 ANATOLIJ HRYZENKO



[www.grytsenko.com.ua](http://www.grytsenko.com.ua) - offizielle Internetseite des Politikers (Ukrainisch)

[poryadok.org.ua](http://poryadok.org.ua) - Internetseite seiner Organisation (Ukrainisch)

[www.youtube.com/user/asgrytsenko](https://www.youtube.com/user/asgrytsenko) - offizieller Kanal bei Youtube

*Anatolij Hryzenko tritt als eigenständiger Kandidat an. Er wird von der zivilgesellschaftlichen Bewegung „Bürgerlicher Standpunkt“ unterstützt.*

Anatolij Hryzenko ist ein anerkannter Politiker aus dem einstmals „orangen“ Lager, der seit längerer Zeit als Alternative zu den zerstrittenen Juschtschenko und Tymoschenko im Gespräch ist. Insbesondere als Verteidigungsminister verdiente er sich im In- und Ausland hohe Anerkennung. Mit der Gründung der zivilgesellschaftlichen Bewegung „Bürgerlicher Standpunkt“ gelang es ihm, einige der wenigen Sachpolitiker der Ukraine politisch neu zu formieren. Das von Hryzenko beworbene Projekt einer „Verfassung der Ordnung“ mit einem Präsidentialmodell nach amerikanischem Vorbild fand in der ukrainischen Öffentlichkeit bisher jedoch nur sehr wenig Zuspruch. Trotz seiner unbestrittenen fachlichen Qualifikationen und seiner guten Englischkenntnisse gelingen Hryzenko zudem öffentliche Auftritte meist nicht besonders gut. Er verfügt über zu wenig Charisma, um die Präsidentschaftskampagne entscheidend zu prägen.

### ANATOLIJ STEPANOWYTSCH HRYZENKO

Derzeit Parlamentsabgeordneter für „Nascha Ukraina – Selbstverteidigung des Volkes“, Leiter des Parlamentsausschusses für nationale Sicherheit und Verteidigung, Doktor der technischen Wissenschaften

Gesetzesinitiativen: Grundrechte, Armee, Sicherheitspolitik

Familienstand: Anatolij Hryzenko ist verheiratet und hat vier Kinder.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 268.659,23 Hrywnja (ca. 22.388 Euro); 280.000 Hrywnja (ca. 23.333 Euro) auf Konten; Wertpapiere im Nominalwert von 6.605,18 Hrywnja (ca. 550 Euro); keine Grundstücke, keine Wohnungen; ein Auto der Marke Honda und ein Motorboot der Marke Yamaha

Anatolij Hryzenko wurde 1957 in einem Dorf in der Oblast Tscherkassy geboren. Beendete Er beendete 1974 die Kiewer Suworow-Militärschule mit Auszeichnung und machte danach eine Ausbildung zum Elektroingenieur an der Kiewer Luftwaffeningenieursschule. Danach folgte der Militärdienst und 1984 verteidigte er seine Dissertation zum Thema: „Entwicklung der agroindustriellen Produktion auf der Krim auf Innovationsbasis“. Von 1984-1992 lehrte er an der Kiewer Luftwaffeningenieurschule. Anschließend ar-

beitete er von 1992-1994 beim Generalstab der Ukrainischen Streitkräfte als Leiter der Verwaltung für militärische Sicherheit und Militärbauten, dabei machte er Abschlüsse am Fremdsprachinstitut des Verteidigungsministeriums der USA (1993) und an der Universität der Luftwaffe der USA (1994). 1995 folgte dann ein Abschluss an der Akademie der Ukrainischen Streitkräfte. Von 1997 bis 1999 leitete er die Analytikabteilung beim Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat. Von 1999 an arbeitete er beim Rasumkowzentrum für politische und ökonomische Forschungen. Ab Juli 2000 war er beratendes Mitglied des Parlamentsausschusses für Fragen der nationalen Sicherheit der Ukraine und ab November 2000 Mitglied des Expertenrates für innenpolitische Fragen beim damaligen Präsident der Ukraine Leonid Kutschma.

Im Juni 2006 übernahm er die Leitung der Informations- und Analyseabteilung im Wahlkampfstab von Wiktor Juschtschenko und wurde im Juli 2005 zum Verteidigungsminister ernannt. Diesen Posten behielt er dann in den Regierungen von Tymoschenko, Jechanurow und Janukowytsch, bis er im Dezember 2007 zurücktrat. Im Ergebnis der vorgezogenen Parlamentswahlen 2007, wo er für die Partei „Nascha Ukraina“ in das Parlament einzog, übernahm er die Leitung des Parlamentsausschusses zu Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung. Seit Dezember 2008 leitet er die Organisation „Hromadjanska Posizija“ („Bürgerlicher Standpunkt“).

## 4.11 JURIJ KOSTENKO



[www.unp.org](http://www.unp.org) – Internetseite der Ukrainischen Volkspartei (Ukrainisch)

*Jurij Kostenko tritt als Kandidat der Ukrainischen Volkspartei (UNP) an.*

Der stellvertretende Verteidigungsminister Jurij Kostenko hofft, mit nationaldemokratischen Positionen enttäuschte Wähler des Präsidenten Juschtschenko an sich ziehen zu können. Dabei führt er eine Kampagne mit Losungen wie „Kauft ukrainisch!“, „Denkt ukrainisch!“ und „Lebt ukrainisch!“.

### JURIJ IWANOWYTSCH KOSTENKO

Derzeit Parlamentsabgeordneter für die Fraktion „Nascha Ukraina - Selbstverteidigung des Volkes“, Vorsitzender der Ukrainischen Volkspartei, Doktor der technischen Wissenschaften

Gesetzesinitiativen: Außenpolitik (Russland), Geschichtsbewertung, Informationssicherheit

Familienstand: Jurij Kostenko ist verheiratet und hat einen Sohn.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 247.556,23 Hrywnja (ca. 20.629 Euro); kein Geld auf Konten; keine Wohnung, keine Grundstücke, keine Vermögenswerte, keine Autos

Jurij Kostenko wurde 1951 in der Region Winnyzja geboren und ist von Beruf Maschinenbauingenieur. Er ist einer der Mitbegründer der 1988 entstandenen bürgerlichen Freiheitsbewegung „Narodnyj Ruch Ukrajiny“ („Volksbewegung der Ukraine“). Die Bewegung spaltete sich später in die „Nationale Volksruch“ von Borys Tarasjuk und die Ukrainische Volkspartei, deren Vorsitzender Kostenko bis heute ist. Seit 1990 bis heute ist Kostenko Parlamentsmitglied mit Ausnahmen von 1996 bis 1998, als er Umweltminister war, und von 2006 bis 2007, als seine politische Kraft nicht ins Parlament gelangte. Er leitete die Fraktion der „Narodnyj Ruch Ukrajiny“ von 1992 von 1996 und von 1998 bis 1999. Bereits bei den Präsidentschaftswahlen 1999 trat er als Kandidat an. Seit 2002 unterstützte Kostenko Wiktor Juschtschenko aktiv bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. 2005 brach Kostenko mit „Nascha Ukraina“ und trat bei den Parlamentschaftswahlen 2006 in einem Wahlblock mit Iwan Pljuschtsch an, wobei der Einzug in die Werchowna Rada nicht gelang. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 trat Kostenko mit der „Ukrainischen Volkspartei“ erneut in einem Wahlblock mit „Nascha Ukraina“ an und gelangte ins Parlament. Er ist einer der stellvertretenden Verteidigungsminister der Ukraine.

## 4.12 OLEXANDR MOROS



spu.in.ua - Internetseite der Sozialistischen Partei der Ukraine (Ukrainisch)

*Olexandr Moros tritt als Kandidat der Sozialistischen Partei der Ukraine an.*

Der „Verräter“ Olexandr Moros ist nach seinem spektakulären Seitenwechsel vom „oranen“ ins „blaue“ Lager im Sommer 2006 sehr unpopulär. Er tritt als Präsidentschaftskandidat an, um die Sozialistische Partei und sich selbst vor dem politischen Tod zu retten. Die Aussichten dafür sind jedoch schlecht.

### OLEKSANDR OLEKSANDROWYTSCH MOROS

Derzeit Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Ukraine und Ehrenvorsitzender des Vereins der „Dity Wijnjy“ („Kriegskinder“)

Gesetzesinitiativen: Landwirtschaft, Haushaltspolitik, Gesundheitspolitik, Sozialpolitik

Familienstand: Olexandr Moros ist verheiratet und hat zwei Töchter und fünf Enkel.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 219.038,28 Hrywnja (ca. 18.253 Euro); kein Geld auf Konten; eine Wohnung mit 107 m<sup>2</sup>; keine Grundstücke; keine Vermögenswerte; keine Autos

Olexandr Moros wurde 1944 in einem Dorf in der Region Kiew geboren. Im Jahre 1960 begann er sein Studium an der Ukrainischen Landwirtschaftsakademie in Kiew und machte 1965 sein Diplom als Mechanik-Ingenieur. Danach folgte 1965 dann ein einjähriger Militärdienst, wonach er als Dozent an einer Berufsschule in seiner Heimatregion arbeitete. Von 1974 bis 1975 war er als Ingenieur tätig, anschließend widmete er sich der Parteiarbeit. Im Jahre 1983 schloss er ein Politikstudium an der Parteihochschule mit Auszeichnung ab. 1990 wurde er Parlamentsabgeordneter und gründete nach dem Verbot der Kommunistischen Partei 1991 die Sozialistische Partei. Im September 1994 wurde er für die Sozialistische Partei ins Parlament gewählt und dort zum Parlamentsvorsitzenden. Ebenfalls in diesem Jahr kandidierte er bei den Präsidentschaftswahlen und gelangte auf den dritten Platz. Ihm wird eine führende Rolle bei der Verabschiedung der Verfassung von 1996 zugeschrieben. 1998 zog er für die Fraktion „Lewyj Zentr“ („Linkes Zentrum“) des Wahlblockes der Sozialistischen Partei der Ukraine und der Bauernpartei wieder in das Parlament ein.

Im Jahre 2000 informierte er das Parlament und die Öffentlichkeit über die geheimen Aufzeichnungen von Gesprächen des Präsidenten Kutschmas, die mit der Ermordung des kritischen Journalisten Georgij Gongadse in Verbindung gebracht werden.

Bei den Parlamentswahlen 2002 zog er wieder für die Sozialistische Partei in die Werchowna Rada ein. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 kandidierte er erneut, gelangte jedoch wieder nur auf den dritten Platz und unterstützte dann in der zweiten Wahlrunde Wiktor Juschtschenko.

Nach den Parlamentswahlen 2006 wurde er mit den Stimmen der Partei der Regionen, der Kommunistischen Partei und seiner eigenen Sozialistischen Partei zum Parlamentssprecher gewählt, wodurch die Koalitionsvereinbarung mit „Nascha Ukraina“, dem Block Julija Tymoschenko und der Sozialistischen Partei platzte.

In den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 scheiterte die Sozialistische Partei an der Drei-Prozent-Hürde.

## 4.10 OLEXANDR PABAT



[www.unas.com.ua](http://www.unas.com.ua) - Internetseite der „Narodna Armija Spasinnja“ („Nationale Armee der Rettung“; Ukrainisch, Russisch)

*Olexandr Pabat tritt als eigenständiger Kandidat an.*

OLEKSANDR WIKTOROWYTSCH PABAT

Derzeit Abgeordneter im Kiewer Stadtrat, Präsident der Vereinigung „Hromadskyj Aktiv Kyjiw“ („Bürgeraktiv Kiew“) und Präsident der „Narodna Armija Spasinnja“ („Nationale Armee der Rettung“)

Familienstand: Olexandr Pabat ist verheiratet und hat zwei Söhne.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 208,62 Hrywnja (ca. 17 Euro), 76.282,48 (ca. 6.356 Euro) Hrywnja auf Konten; Unternehmensanteile über 679.352 Hrywnja (ca. 56.612 Euro); 7.362 m<sup>2</sup> Land, eine Wohnung mit 207,59 m<sup>2</sup> Fläche; ein Auto der Marke Maserati Spider, eines der Marke Subaru Impreza, eines der Marke Mercedes-Benz 230, eines der Marke Porsche Carrera, eines der Marke Morgan Aero-8 und eines der Marke Citroen CE

Olexandr Pabat wurde 1974 in Poltawa geboren. Er ist Zahnarzt – Abschluss 1996, Finanzfachmann und Jurist – Abschlüsse 2004. Seit 2002 ist er Mitglied des Kiewer Stadtrates. Bei den Präsidentschaftswahlen 2004 galt er als einer der Initiatoren der Neuauszählung der Stimmen. Seit 2005 sitzt er dem „Hromadskyj Aktiv Kyjiw“ vor, welches eine Fraktion im Stadtrat stellt.



## 4.11 WASSYL PROTYWSICH



*Wassyl Protwysich tritt als eigenständiger Kandidat an.*

Die Kandidatur von Wassyl Protwysich ist eine Karikatur auf die politische Situation in der Ukraine und das ukrainische Wahlsystem. Durch die Änderung seines Namens von Humenjuk in Protwysich („gegen alle“) hofft er, Stimmen von den Wählern zu bekommen, die auf dem Wahlzettel den Namen Protwysich mit der Option „gegen alle“ verwechseln. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird das außer ein paar unvermeidlichen Berichterstattungen über diesen Kandidaten in den internationalen Medien kaum etwas bringen.

### WASSYL WASSYLOWYTSCH PROTIWSICH

Derzeit Präsident der Industrie- und Handelskammer in Iwano-Frankiwsk

Familienstand: Wassyl Protwysich ist verheiratet.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 238.368,78 Hrywnja (ca. 19.864 Euro); Wertpapiere im Nominalwert von 10,50 Hrywnja (weniger als 1 Euro); 659.865 Hrywnja (ca. 54.988 Euro) auf Konten; eine Wohnung von 175 m<sup>2</sup>; keine Autos

Wassyl Protwysich („Gegenalle“, bis 2. Oktober 2009 Humenjuk) wurde 1946 in einem Dorf der Region Iwano-Frankiwsk geboren und hält einen juristischen Abschluss der Iwan-Franko-Universität in Lwiw. Von 1984 bis 1991 war er Bürgermeister der Ortschaft Jaremtsche (Karpatenregion), kandidierte vergeblich als Bürgermeister für Iwano-Frankiwsk und im Wahlblock „KUTSchMA“ bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007. In Iwano-Frankiwsk leitete er das Zollamt. Protwysich arbeitet derzeit als Präsident der Industrie- und Handelskammer Iwano-Frankiwsk. In einem Zeitungsinterview bezeichnete er den belarussischen Präsidenten Lukaschenko als sein Vorbild.

## 4.12 SERHIJ RATUSCHNJAK



*Serhij Ratuschnjak tritt als eigenständiger Kandidat an.*

Ratuschnjak und Tjahnybok sind radikale Politiker, die mit rechtspopulistischen und extremistischen Losungen von der Frustration der ukrainischen Bürger mit den politischen Eliten und der spürbaren Radikalisierung der ukrainischen Gesellschaft in Zeiten finanzieller und wirtschaftlicher Probleme profitieren. Ratuschnjak, der zuletzt mit antisemitischen Äußerungen gegen den Präsidentschaftskandidaten Jazenjuk von sich reden machte, ist dabei politisch als noch gefährlicher einzuschätzen.

### SERHIJ MYKOLAJOWYTSCH RATUSCHNJAK

Derzeit Bürgermeister von Ushhorod, Leiter der Regionalorganisation der „Narodna Partija“ („Volkspartei“) Wolodymyr Lytwyns

Gesetzesinitiativen: Verbot der Kommunistischen Partei, lokale Selbstverwaltung

Familienstand: Serhij Ratuschnjak ist verheiratet.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 95.418,79 Hrywnja (ca. 7.951 Euro); 23.158 Hrywnja (1.929 Euro) auf Konten; Unternehmensanteile über 15.553.790 Hrywnja (ca. 1.296.149 Euro); 27.719 m<sup>2</sup> Land, ein Haus mit 114 m<sup>2</sup> Wohnfläche, ein Landhaus mit 178,7 m<sup>2</sup> Wohnfläche; ein Auto der Marke Mercedes SL-450, ein Auto der Marke Volkswagen, zwei Autos der Marke Toyota RAV4, ein Auto der Marke Mazda, ein Auto der Marke Citroen, ein Motorrad der Marke Rewaco und ein Motorboot der Marke Mercury 2

Serhij Ratuschnjak wurde 1961 in Ushhorod geboren. Er studierte am Kiewer Polytechnischen Institut Ingenieurwissenschaften. Ratuschnjak arbeitete bis 1989 in verschiedenen Ingenieurspositionen in Ushhorod und war danach unternehmerisch tätig. Er war von 1994 bis 1998 Mitglied des Ushhoroder Stadtrates und Bürgermeister der Stadt. Im Jahre 1998 wurde er mit 77% der Stimmen zum Bürgermeister wiedergewählt. Im gleichen Jahr bekam er Probleme mit dem Gesetz, entzog sich zunächst der Verhaftung durch Flucht ins Ausland und legte in Abwesenheit sein Bürgermeisteramt nieder. Ratuschnjak wurde im Jahre 2000 festgenommen und während der Ermittlungen in den Regionalrat mit 82% der Stimmen gewählt, wo er bis 2002 blieb.

Serhij Ratuschnjak gelangte 2002 als eigenständiger Kandidat in die Werchowna Rada und wurde als Abgeordneter mit den meisten Fraktionswechseln (sieben Fraktionen) bekannt. Er endete bei der „Narodna Partija“ („Volkspartei“) von Wolodymyr Lytwyn. 2006 wählten ihn die Bürger wieder zum Bürgermeister der Stadt Ushhorod, außerdem steht er der Regionalorganisation der „Narodna Partija“ vor.

Im August 2009 machte er durch antisemitische Äußerungen in Richtung Arsenij Jazenjuk von sich reden, was zu einer Verurteilung seiner Registrierung durch das israelische Außenministerium führte.

#### 4.13 OLEH RJABOKON



[www.riabokon.com.ua](http://www.riabokon.com.ua) - offizielle Internetseite des Kandidaten (Ukrainisch, Russisch)

*Oleh Rjabokon tritt als eigenständiger Kandidat an.*

#### OLEH WASSYLJOWYTSCH RJABOKON

Derzeit Geschäftsführer der Anwaltskanzlei „Magisters“, Mitglied der Anwaltsvereinigung der Ukraine, ebenfalls Mitglied der „International Bar Association“ und der „American Bar Association“

Familienstand: Oleh Rjabokon ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 5.919.548,70 Hrywnja (ca. 493.295 Euro); 221.511,96 Hrywnja (ca. 18.459 Euro) auf Konten; Unternehmensanteile über 80.004,13 Hrywnja (ca. 6.667 Euro); 115.293 m<sup>2</sup> Land, eine Wohnung mit 118,53 m<sup>2</sup> Fläche, ein Landhaus mit 280 m<sup>2</sup> Wohnfläche; ein Auto der Marke Toyota Land Cruiser, ein Auto der Marke Suzuki Grand Vitara, ein Motorboot der Marke Bayliner

Oleh Rjabokon wurde 1973 in Winnyzja geboren und absolvierte 1995 die Kiewer Schewtschenko-Universität mit einem Abschluss in „Internationalem Recht“. 1996 machte er einen Master of International Law an der Georgetown University in Washington und arbeitete anschließend bei der Kanzlei „O`Melveny and Meyers LLP“ ebenfalls in Washington. Im Jahre 1997 gründete er die Kanzlei „Magisters“, wo er bis zur Ankündigung seiner Kandidatur tätig war.

#### 4.14 LJUDMYLA SUPRUN



[www.suprun.com.ua](http://www.suprun.com.ua) – Internetseite der Kandidatin  
(Ukrainisch, Russisch, Englisch)

[www.ndp.org.ua](http://www.ndp.org.ua) - Internetseite der Nationaldemokratischen Partei (Ukrainisch)

*Ljudmyla Suprun tritt als Kandidatin der Nationaldemokratischen Partei an.*

#### LJUDMYLA SUPRUN

Derzeit Leiterin der Staatlichen Agentur für Investitionen und Innovationen, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, Vorsitzende der Nationaldemokratischen Partei der Ukraine, Präsidentin der Eiskunstlaufföderation der Ukraine, Vizesprecherin des „Bürgerparlaments der Frauen der Ukraine“

Gesetzesinitiativen: Haushalts- und Steuerpolitik

Familienstand: Ljudmyla Suprun ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 107.754,26 Hrywnja (ca. 8.979 Euro); 16.340,34 Hrywnja (ca. 1.361 Euro) auf Konten; eine 25 m<sup>2</sup> Wohnung; 2.000 m<sup>2</sup> Land; zwei Autos der Marke Mercedes S-550; keine Unternehmensanteile

Ljudmyla Suprun wurde 1965 in Saporishje geboren und ist ausgebildete Juristin. Sie war von 1998 bis 2002 für die Nationaldemokratische Partei und von 2002 bis 2006 für den Wahlblock „Sa Jedinu Ukrajinu!“ („Für eine einige Ukraine“) Mitglied der Werchowna Rada.

## 4.16 OLEH TJAHNYBOK



[www.tjahnybok.info](http://www.tjahnybok.info) - offizielle Seite des Politikers  
(Ukrainisch)

[www.svoboda.org.ua](http://www.svoboda.org.ua) - offizielle Internetseite der Partei "Swoboda" („Freiheit“; Ukrainisch)

*Oleh Tjahnybok tritt als Kandidat der Partei „Swoboda“ an.*

Tjahnyboks rechtspopulistische Bewegung „Swoboda“ befindet sich seit einiger Zeit im Aufwind. Tjahnybok mobilisiert antisemitische Ressentiments, Fremdenfeindlichkeit und ukrainischen Isolationismus. Er äußert sich dezidiert antirussisch und gleichzeitig antiwestlich und trifft damit Stimmungen, die in einigen Regionen der Westukraine prävalent sind.

OLEH TJAHNYBOK

Derzeit Abgeordneter im Rat der Region Lwiw, Vorsitzender der Partei „Swoboda“ („Freiheit“)

Familienstand: Oleh Tjahnybok ist verheiratet und hat drei Kinder.

Finanzen: 2008 Einnahmen über 188.569,82 Hrywnja (ca. 15.714 Euro); 41.254,02 Hrywnja (ca. 3.437 Euro) auf Konten; 33,88 m<sup>2</sup> Wohnung; ein Auto der Marke Toyota Landcruiser 200; keine Grundstücke; keine Vermögenswerte

Oleh Tjahnybok wurde 1968 in Lwiw geboren. Er absolvierte von 1987 – 1989 seinen Militärdienst und studierte danach am Staatlichen medizinischen Institut in Lwiw, welches er 1993 mit Auszeichnung als Chirurg abschloss. Er arbeitete anschließend von 1993 bis 1996 in Lwiw als Chirurg und Internist. Er absolvierte ein Zweitstudium an der Staatlichen Iwan-Franko-Universität in Lwiw im Fach Jura und erhielt 1999 ein Jura Diplom. Tjahnybok trat 1991 in die Sozial-Nationale Partei der Ukraine ein. Für diese saß er von 1994 bis 1998 im Regionalrat der Region Lwiw. Im Jahre 1997 übernahm er den Vorsitz der Gebietsorganisation der Partei in Lwiw und von 1998 an führte er die Gebietsorganisation der Partei in Kiew an. 1998 wurde er ebenfalls in das Parlament der Ukraine für die Fraktion „Narodnyj Ruch“ („Volksbewegung“) gewählt. Bei den Parlamentswahlen 2002 zog er mit seiner Partei im Wahlblock „Block Wiktor Juschtschenka `Nascha Ukraina`“ in die Werchowna Rada ein. Nach antisemitischen und fremdenfeindlichen Äußerungen wurde er jedoch 2004 aus der Fraktion ausgeschlossen. Im Jahre 2004 benannte sich seine Partei in „Swoboda“ („Freiheit“) um.

Swoboda schaffte es in den nachfolgenden Parlamentswahlen nicht in die Werchowna Rada einzuziehen. 2008 versuchte Oleh Tjahnybok bei den vorgezogenen Wahlen in Kiew Bürgermeister zu werden, konnte jedoch nur einen Stimmanteil von 1,37% erzielen.

## 5. VERGLEICH DER PROGRAMMATISCHEN AUSSAGEN

Ein Vergleich der Wahlprogramme und programmatischen Aussagen der Kandidaten bleibt in der Ukraine weiterhin schwierig. Die politischen Parteien der Ukraine sind in erster Linie personenzentrierte Netzwerke in denen Programmatik, Wertbindungen und langfristige inhaltliche Orientierungen kaum eine Rolle spielen.

Es ist jedoch sehr auffällig, dass die vorherrschenden sozial- und wirtschaftspolitischen Wahlversprechen der Präsidentschaftskandidaten sich nicht im verfassungsmäßigen Kompetenzbereich des Präsidentenamtes sondern in den Zuständigkeiten der Regierung und des Parlaments bewegen. Keiner der Kandidaten, mit Ausnahme von Amtsinhaber Juschtschenko, könnte auf der Grundlage der bestehenden Verfassung nach der Wahl zum Präsidenten seine Versprechen durch die Ausübung dieses Amtes theoretisch überhaupt einlösen.

Der Wahlkampf wird in der Ukraine mit riesigem finanziellen und administrativem Aufwand geführt. Trotz der teilweise originellen und sehr professionellen technologischen Elemente wird dabei auch eine weitgehende inhaltliche Leere spürbar. Die ukrainischen Bürger werden von den intensiven Kampagnen bisher nicht merkbar mitgerissen.

Im Folgenden werden die Wahlprogramme und öffentlichen Wahlversprechen der wesentlichen Kandidaten ausführlich und systematisch dargestellt.

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Transparenz bei der Festsetzung der Renten und Löhne</p> <p>Priorität während der Krisenzeit: Erhaltung der Arbeitsplätze</p> <p>Haushaltsprobleme werden nicht mehr über die Senkung des Existenzminimums gelöst</p> <p>Verringerung der oberen und unteren Grenze bei der Rentenberechnung</p> <p>Bestimmung des Rentenumfanges nach Dienstalter und Gehaltsumfang</p> <p>Mindestrente soll auf das Existenzminimum angehoben werden</p> <p>Einführung des Beamtenstatus für Mitarbeiter des Bildungs-, Kultur-, und Gesundheitswesens</p> <p>Stärkung des Mutter- und Kindheits-schutzes; Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde unter Beibehaltung des Gehaltes von Müttern, deren Kinder vorschulische Einrichtungen oder die Grundschule besuchen</p> <p>Verbraucherschutzreform; verstärkte Kontrolle der Lebensmittelqualität und Sicherheit, vor allem bei Kindernahrung; gesetzgeberische Festlegung eines wirksamen Schadensersatzverfahrens</p>	<p>Verfassungsreform</p> <p>offene Wahllisten bei den Wahlen zur Werchowna Rada, Wiedereinführung des Mehrheitswahlrechts bei den Kommunalwahlen</p> <p>Gerichtsreform: Bürger bekommen das Recht auf Abberufung von Richtern und erhalten die Möglichkeit zu einer Verfassungsklage</p> <p>Aufhebung der Immunität der Abgeordneten, der Richter und des Präsidenten; Verringerung der Abgeordnetenzahl</p> <p>Unabhängigkeit des Journalismus, öffentliche Kontrolle über den Informationsraum</p> <p>Einstellung der Polizeiwillkür; Verringerung der Zeit für vorläufige Festnahmen von 72 auf 24 Stunden; Verhängung von Höchststrafen einschließlich Vermögenszug bei Überschreitung der Dienstbefugnisse</p> <p>Korruptionsbekämpfung durch Gründung eines Antikorruptionsbüros mit besonderen Zuständigkeiten; dabei Überprüfung von Staatsbediensteten und eventuelle Bestrafung</p>	<p>Einführung von Steueranreizen für Unternehmen, Einführung von speziellen Programmen zur Förderung der Arbeitsmobilität</p> <p>Der Staat beschränkt die Möglichkeiten für Währungsschwankungen, einheitliches Zahlungsmittel ist die Hrywnja, Preise in Fremdwährungen sind nicht zulässig</p> <p>Anpassung des Besteuerungssystems an die europäische Gesetzgebung</p> <p>Senkung der Strafen gegenüber Unternehmen, Abstimmung von Steuerberechnungs- und Buchführungsstandards; Einführung von bestimmten Sondersteuergerichten (Spezialisierung auf Steuer-, Zoll- und andere fiskalische Angelegenheiten)</p> <p>Einführung des Prinzips „des stillschweigenden Einverständnisses“ bei der Anmeldung von kleinen oder mittleren Unternehmen; begrenzte Anzahl von Prüfungen, Lizenzen, Zertifikaten</p> <p>staatliche Unterstützung von Hochtechnologien und Innovationen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Unternehmen</p> <p>die Ukraine soll zu einem bedeutenden Transitland werden, daher Förderung der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, der Häfen, der Eisenbahnen; Bau von Autobahnen</p> <p>Einführung einer Luxussteuer (u. a. Villen, Yachten, Limousinen)</p> <p>Einführung eines transparenten Bodenmarktes auf der Basis eines modernen Katasters; Festlegung von klaren Regeln der Bodennutzung</p>	<p>selbstständige Bestimmung der Außenpolitik gemäß nationaler Interessen; gutnachbarschaftliche Beziehungen zu allen, dabei Dialog auf gleicher Augenhöhe</p> <p>Abzug der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation aus der Ukraine bis 2017 gemäß der Verfassung der Ukraine und dem mit Russland geschlossenen Abkommen</p> <p>Ziel: EU-Mitgliedschaft, auf dem Weg dahin Visumsfreiheit mit der Europäischen Union</p> <p>Schutz der Rechte der Ukrainer im Ausland</p> <p>Festigung des euroatlantischen Systems der kollektiven Sicherheit</p> <p>Fortsetzung der Militärreform, Schaffung einer starken und professionellen Berufsarmee</p>	<p>Auffrischung der Erinnerung an die nationalen Tragödien und die nationalen Siege</p> <p>Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit: Entschädigungen für Opfer des Stalinregimes in Form von Rentenzuschlägen</p> <p>Hervorgehobene Rolle des Christentums bei der Entstehung der ukrainischen Nation und des ukrainischen Staates; Einheit der ukrainischen orthodoxen Religionen;</p> <p>die Fußballeuropameisterschaft 2012 wird stattfinden, damit sind neue Arbeitsplätze, moderne touristische und sportliche Infrastruktur und ein neues Image der Ukraine in der Welt möglich</p> <p>zuverlässige eigene Energieversorgung; Modernisierung des nationalen Gastransportsystems und die Integration ins europäische Gasversorgungssystem; Erhöhung des Anteils von Erdgas und -öl aus eigener Produktion</p> <p>Nutzung von alternativen Energiequellen und Aktivierung von Energiesparmaßnahmen über ein staatliches Programm</p>



Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturalpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Erhöhung des minimalen Lohnanteils an den Produktionskosten bis auf das Niveau der weltweiten Standards</p> <p>Besitzer kleinerer Aktienpakete von Unternehmen werden in vollem Umfang an den vierteljährlichen Dividendenauszahlungen beteiligt</p> <p>Einführung einer privaten Rentenversicherung; ungenutztes Rentengeld wird vererbt</p> <p>die Rente beträgt nicht weniger als 60% des Durchschnittsgehalts vor Eintritt ins Rentenalter</p> <p>Firstsetzung des Programms zur Erstattung von der Spareinlagen aus der Sowjetzeit um weitere drei Jahre</p> <p>Familien mit Behinderten erhalten mindestens 2.000 Hrywnja monatlich</p> <p>Fortsetzung der staatlichen Zahlungen bei der Geburt von Kindern</p> <p>nach Ende der Krise Wiederaufnahme der Hypothekendarlehen bei Wohnungskäufen zu 2-4% p.a. auf 10-30 Jahre</p> <p>Stipendienhöhe auf dem Niveau des Existenzminimums</p> <p>alle werden durch den Arbeitgeber oder durch den Staat krankenversichert, wohlhabende Bürger auf eigene Rechnung</p> <p>Einführung eines Krankenkassensystems, welches den Zugang zu einem qualitativen medizinischen System für jeden Bürger ermöglicht</p> <p>innerhalb von drei Jahren vollständige Ausstattung medizinischer Einrichtungen mit modernsten medizinischen Ausrüstungen und mit Krankenwagen</p> <p>innerhalb eines Jahres Qualitätssicherung und Preisregelung im Medikamentensektor</p> <p>Schaffung eines Labornetzes zur Kontrolle von gentechnisch veränderten Organismen, Nahrungsmittel- und Wasserqualität</p>	<p>Überwindung der Abhängigkeit der Gerichte von der Politik; Gerichte sollen unabhängig von der Exekutive finanziert werden</p> <p>Bürger sollen Strafverfahren gegen Richter initiieren können</p> <p>Bürger sollen sich kostenlos an Gerichte wenden können; finanziell schlechter gestellte Bürger erhalten kostenlose Rechtsanwaltsunterstützung</p>	<p>Sicherung des Status eines Schlüsseltransitstaates über den Bau von Autobahnen, Häfen, Flughäfen auf Grundlage von Public-Private-Partnerships; Bau von neuen Erdöl- und Gasleitungen und modernen Erdölraffinerien</p> <p>Entwicklung von forschungsintensiven Branchen: Nanotechnologien, Mikroelektronik, Raumfahrt, Flugzeugbau, Schiffbau, Maschinenbau, Informationstechnologie; Steuerbefreiung für wissenschaftliche Forschung als Innovationsförderung</p> <p>Schaffung eines Systems von Steuerermäßigungen für Banken je nach Umfang gewährter langfristiger Kredite für Existenzgründungen; der Staat wird einen Teil der Risiken der Überlassung „von Startkrediten“ übernehmen</p> <p>Reduzierung der Kreditsätze auf europäisches Niveau; Kredite werden längerfristig vergeben - 5 bis 10 Jahre</p> <p>Verringerung der Steuerlast, Aufhebung einiger Steuern</p> <p>Investoren werden bei der Schaffung neuer Produktionsstätten auf zehn Jahre bei der Einfuhr von Ausrüstungen, Technologien und Bauteilen, deren Analoga in der Ukraine nicht erzeugt werden, von der Steuer befreit</p> <p>der Verkauf und die Pacht von nichtlandwirtschaftlich genutzten Grundstücken wird über Auktionen realisiert, um Korruption vorzubeugen</p> <p>zehnjährige Steuerbefreiung und vereinfachte Verfahren bei Investitionen in strukturschwachen Regionen</p> <p>Einführung einer Sondersteuer auf Luxusgüter</p> <p>Übergang zu einer systematischen Finanzierung der Agrarproduktion über langfristige Kreditfinanzierung u.a. für den Kauf von Landtechnik</p> <p>Schaffung der Bedingungen für eine Förderung ukrainischer landwirtschaftlicher Produkte auf ausländischen Märkten</p> <p>landwirtschaftlich genutzter Boden kann nur von ukrainischen Staatsbürgern erworben werden</p>	<p>EU-Mitgliedschaft als Ziel</p> <p>jeder Beitritt der Ukraine in ein beliebiges System der kollektiven Sicherheit wird ausschließlich durch ein Referendum entschieden</p> <p>freundschaftliche Beziehungen mit Russland und anderen GUS-Staaten als Grundlage für die Ausschöpfung des Potentials der existierenden Kooperationen und zur beiderseitigen vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit</p> <p>Bereitstellung von ausreichenden materiell-technischen und Finanzressourcen für die Gewährleistung der Kampffähigkeit der Armee, der sozialen Absicherung der Militärs und ihrer Familienangehörigen</p> <p>Etablierung einer Berufsarmee, keine Einberufungen zum Grundwehrdienst mehr</p>	<p>Einführung von energiesparenden Technologien</p> <p>Verringerung der Abhängigkeit von externen Lieferungen der Energieträger; Kohle ist der wichtigste Energieträger; Kohleverbrennung soll auf Basis ökologischer Methoden stattfinden</p> <p>Erhöhung der einheimischen Erdöl- und Gasausbeute, u. a. auf dem Festlandsockel des Schwarzen und des Asowschen Meeres</p> <p>Unterstützung erneuerbarer Energiequellen</p> <p>freier Zugang für jedes Kind zu hochwertiger Bildung, zu Computer- und Internetnutzung, unabhängig vom sozialen Status der Familie</p> <p>Hochschulautonomie</p> <p>Hochschulzugang über externe Tests</p> <p>Schaffung eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Rundfunks; Gewährleistung des Internetzugangs für jeden Bürger ohne Ausnahme.</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturlpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>WIKTOab 2011 Erhöhung der Einmalzahlung bei Geburt eines Kindes auf 25.000 UAH beim 1. Kind, 50.000 UAH beim 2. Kind und 100.000 UAH bei jedem weiteren Kind*</p> <p>Erhöhung des monatlichen Kindergeldes: 250 UAH für Kinder im Alter von 3 bis 13 Jahren, 500 UAH für Kinder von 13 bis 18 Jahren</p> <p>Kindergartenplatzgarantie</p> <p>Regelung der Rückkehrmöglichkeiten von Arbeitsemigranten zu ihren Familien</p> <p>grundlegende Verbesserung der Lebensqualität; Erhöhung der Lebenserwartung</p> <p>stufenweise Anhebung der staatlichen Finanzierung des Gesundheitswesens auf das gesamteuropäische Niveau (10% vom BIP)</p> <p>Schutz der Bürger vor Preisschwankungen bei Arzneimitteln</p> <p>Verstärkung der staatlichen Qualitätskontrolle von medizinischen Dienstleistungen und Präparaten</p> <p>Garantie einer qualitativen kostenlosen ärztlichen Notbehandlung</p> <p>Institution des Familienarztes soll Grundlage eines modernen Systems der ärztlichen Hilfe werden</p> <p>Beibehaltung der staatlichen Rente</p> <p>Einführung von Mindestrenten auf dem Niveau des Existenzminimums</p> <p>Schutz der Renten vor Inflation</p> <p>Schutz arbeitstätiger Rentner: Lohn plus Rente</p> <p>Vergrößerung des Wohnraumbestandes</p> <p>Schaffung der Bedingungen für die Gewährung von Hypothekarkrediten zu einem fixen Jahreszins in Höhe von max. 7%</p> <p>innerhalb der nächsten 10 Jahre Bau von einer Million Wohnungen für junge Familien, staatliche Angestellte, finanziell benachteiligte Familien und Menschen mit Behinderung</p> <p>Gewährleistung eines hohen sozialen Standards für jeden Bürger der Ukraine</p> <p>Preisfixierungen bei Grundnahrungsmitteln (Brot, Gemüse, Speisöl, Zucker und Getreideprodukte) als Krisenmaßnahme</p>	<p>Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Haushaltsreform zugunsten der kommunalen Selbstverwaltung</p> <p>Dezentralisierung der Behörden und maximaler Bürokratieabbau</p>	<p>Fortsetzung der Bekämpfung der Korruption und der Schattenwirtschaft</p> <p>Modernisierung der Produktionsanlagen</p> <p>Erhöhung der Arbeitsproduktivität</p> <p>Förderung von neuen Ideen, modernen Technologien und „ausreichenden“ Investitionen</p> <p>ab 2010 soll ein jährliches BIP-Wachstum erreicht werden</p> <p>Erhöhung der ausländischen Direktinvestitionen bis auf 50 Mrd. US-Dollar im Jahr 2014</p> <p>stabiles Wirtschaftswachstum</p> <p>eine konsolidierte staatliche Inflationsbekämpfungspolitik gewährleistet ab 2010 eine bedeutende Senkung des Inflationsstempos</p> <p>Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen über eine Senkung der Steuerlast, darunter Steuererleichterungen für die Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen, erleichtertes Zugang zu Krediten</p> <p>über neue Steuergesetze soll die Ukraine zum attraktivsten Investitionsstandort in Osteuropa werden</p> <p>5-jährige Steuerbefreiung für Kleinunternehmen</p> <p>ab 2010 Senkung der Mehrwertsteuer auf 17%</p> <p>ab 2011 Senkung der Gewinnsteuer auf 19%, mit nachfolgender jährlichen Senkung um 1% auf 16%</p> <p>Umsetzung eines nationalen Programms zur Wiedergeburt des ukrainischen Dorfes, dabei Subventionierung von heimischen Agrarproduzenten, gesetzlich garantierter Schutz für Ackerland, Erstattung der Kreditzinsen bei Investitionen in landwirtschaftliche Projekte</p> <p>Verbesserung des Investitionsklimas für die Entwicklung der sozialen Infrastruktur des Landes</p> <p>Anschluss der ländlichen Orte an die Gasversorgung</p> <p>Bau von Straßen, medizinischen und Ausbildungseinrichtungen</p>	<p>Blockfreier, neutraler Status der Ukraine</p> <p>Wiederherstellung der freundlichen und beiderseitig vorteilhaften Beziehungen mit Russland und den GUS-Staaten</p> <p>Fortführung der strategischen Partnerschaft mit den USA, der EU und den G-20 Ländern</p> <p>Rechtsschutz der Ukrainer im Ausland</p> <p>Modernisierung der Armee durch vorrangige Anwendung einheimischer Entwicklungen und Hochtechnologien</p> <p>Übergang zu einer Berufsarmee ab 2011</p> <p>Wohnungslose Offiziere werden bei der Vergabe von Wohnungen bevorzugt, junge Offiziere sollen im ersten Dienstjahr eine Wohnung erhalten</p>	<p>Russisch als zweite Amtssprache</p> <p>gesetzliche Quotenregelung für staatlich finanzierte Studienplätze bei 75% innerhalb von zehn Jahren sollen drei ukrainische Universitäten zu den besten 500 der Welt gehören</p> <p>Abschaffung der Pflicht zur externen Testierung bei der Immatrikulation</p> <p>Schulabsolventen mit Abschluss bis einschließlich 2009 sollen mit ihren Schulzeugnissen an Universitäten zugelassen werden</p> <p>Herabsetzung der Klassenrollen, wodurch 2000 Dorfschulen weiter betrieben werden können</p> <p>Förderung des Energiesparens</p>

\*Hinweis: 1 Euro = ca. 12,00 UAH

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Gewährleistung eines hohen Gesundheits- und Ausbildungsniveaus der Bevölkerung</p> <p>medizinische Versorgung und Bildungswesen sollen aus dem Staatshaushalt finanziert werden, diese sollen im Vergleich zu privaten Dienstleistungen wettbewerbsfähiger werden</p>	<p>nach der Präsidentschaftswahl Durchführung von Parlaments- und kommunalen Wahlen auf Grundlage eines neuen Wahlgesetzes</p> <p>offene Wahlparteilisten</p> <p>alle Verfassungsänderungen nur über Volksabstimmungen</p> <p>wesentliche Stärkung der Zuständigkeiten, der Verantwortung und der Einkommen lokaler Behörden</p> <p>Realisierung eines nationalen Programms zur „Modernisierung der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft“</p> <p>Garantie der Grundrechte (Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit)</p>	<p>vollständige Modernisierung der ukrainischen Wirtschaft</p> <p>Gewährleistung einer wirksamen Teilnahme privater ukrainischer Unternehmen an der Modernisierung</p> <p>Notwendigkeit einer neuen Industrialisierung; Verpflichtung zur Schaffung einer neuen wirtschaftlichen Grundlage für das Land innerhalb von zehn Jahren. Schwerpunkte: Bau von Fabriken, Energiekomplexen und Infrastruktur (Straßen, Autobahnen, Häfen und Flughäfen)</p> <p>Entlastung kleinerer und mittlerer Unternehmen, dafür gehören die Einnahmen hochrentabler Branchen und strategischer Unternehmen dem Staat</p> <p>beschleunigte Entwicklung der ukrainischen Landwirtschaft, Wiederherstellung industrieller Produktionsverfahren in der Landwirtschaft</p>	<p>gemeinsam mit Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Russland, Belarus und der Republik Moldau soll die Ukraine an vier gemeinsamen Politiken arbeiten: einer gemeinsamen Politik der Energiewirtschaft und –sicherheit; einer gemeinsamen Politik im Bereich von Transport und Kommunikation; ebenso im Bereich der Lebensmittelproduktion und der Beteiligung an den Lebensmittelmärkten der Welt; gemeinsame Entwicklung der Wissenschaften, der Hochtechnologie und der Luftfahrt- und Raumfahrtsbranchen; außerdem an einer gemeinsamen Politik bei der Modernisierung der Rüstungsindustrie und der Beteiligung am weltweiten Rüstungsmarkt</p> <p>besondere Aufmerksamkeit wird dem Projekt eines „Großen Europa“ – vom Atlantik bis zum Stillen Ozean – gewidmet; im Rahmen dessen partnerschaftliche Beziehungen zu den USA und China</p> <p>Schaffung einer modernen und kampffähigen Armee</p>	<p>Gewährleistung eines hohen Ausbildungsniveaus, staatliche Ausbildungsstätten sollen konkurrenzfähiger zu privaten werden</p> <p>Förderung der ukrainischen Kultur und Sprache, besondere Förderung des ukrainischen Kinos, des Theaters, der Literatur und der Kunst</p> <p>Schutz und Förderung der Sprachen von Minderheiten</p> <p>Multikulturalität als Grundlage ukrainischer Staatlichkeit</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Senkung der Arbeitslosigkeit durch Umsetzung staatlicher Investitionsprojekte</p> <p>konsequente Reform des Gesundheitswesens</p> <p>Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung; Aufbau eines staatlichen Prophylaxesystems</p> <p>Verbesserung der Bedingungen für Mutterschaft und Kindheit</p> <p>Reform der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, Erhöhung der Dienstleistungsqualität, Schaffung eines Staatskomitees, zuständig für die Preisbestimmung bei den wichtigsten kommunalen Dienstleistungen</p>	<p>starke Präsidialmacht bei gleichzeitiger Einführung von wirksamen Impeachmentmechanismen zur Verhinderung der Machtusurpation; Verfassungsreform zur Neubestimmung der Präsidialkompetenzen; Schaffung einer vom Präsidenten kontrollierten Regierung</p> <p>Reform des Staatsapparats, Aufhebung der politischen Quoten bei Staatsämtern; Einführung eines Verbots für politische Tätigkeit von Staatsbediensteten</p> <p>Verwaltungsreform, Bürokratieabbau, klare Zuständigkeiten von Staatsbediensteten</p> <p>Korruptionsbekämpfung im öffentlichen Dienst durch konsequente Anwendung von Sanktionsmechanismen wie z.B. Berufsverbot, Aufhebung von privilegierten Renten, Auszug aus staatlichen Wohnungen</p> <p>offene Parteilisten bei allen Wahlen; persönliche Verantwortung der Abgeordneten vor den Wählern</p> <p>Delegierung eines Großteils der Zuständigkeiten an die kommunalen Selbstverwaltungen</p> <p>Neuordnung des Gerichtssystems; tatsächliche Unabhängigkeit der Richter, Rechtsprechung für Bürger zugänglich machen</p>	<p>stabile Landeswährung, Wiederbelebung des Bankensystems und der Kreditvergabe; als wirksamstes Mittel gilt die Bildung einer staatlichen Entwicklungsbank</p> <p>Entwicklung innovativer Wirtschaftssektoren; staatliche Investitionen in die Entwicklung von Produkten, die auf Innovationstechnologien basieren; Entwicklung von neuen Wirtschaftssektoren dabei Anwendung von Energiespar-, Bio-, Nano- und Informationstechnologien</p> <p>Schutz und Wiederherstellung der einheimischen Produktion – Erweiterung der Warenliste, die mit 13% Einfuhrzoll besteuert werden</p> <p>Vereinfachung des Besteuerungssystems; Senkung der Steuerlast zur Bewältigung der Schattenwirtschaft</p> <p>Umsetzung von großen Investitionsprojekten zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Belegung der Industrieproduktion (vor allem Brücken- und Straßenbau)</p> <p>Entwicklung einer starken Landwirtschaft: Verwandlung des Dorfes in eine Zone des Fortschritts, Versorgung ländlicher Gebiete mit modernen Infrastrukturelementen wie Gas, Strom, Wasser, Telefon, Internet auf dem Stadtniveau</p> <p>transparente Gestaltung der Agrarmärkte: Verabschiedung eines Gesetzespakets „Zum Markt in der Ukraine“, „Zum staatlichen Kataster“, „Zur staatlichen Bodenbank“ usw.</p>	<p>Unterordnung der Außenpolitik des Staates unter die nationalen Wirtschaftsinteressen</p> <p>Betreibung einer Mehrvektorenaußenpolitik auf der Grundlage bilateraler Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen</p> <p>aktive diplomatische Rolle der Ukraine in der Region; Intensivierung der ukrainischen Beteiligung an der Lösung des Transnistrienproblems</p> <p>Wiederherstellung intensiver wirtschaftlicher Kontakte mit den Ländern Mittelasiens sowie mit Indien und China</p> <p>gleichberechtigte Beziehungen mit der Europäischen Union; Betreibung einer unabhängigen Politik; Bestrebung zur Vereinfachung des Visumregimes bis zur vollen Aufhebung der Visumpflicht; Entwicklung der Beziehungen im Rahmen des Assoziierungsabkommens</p> <p>Wiederherstellung der wirtschaftlichen Nachbarbeziehungen mit Russland auch im Bereich der Militärindustrie</p> <p>starke Berufsarmee, Entwicklung einer neuen Militärdoktrin, mobile professionelle Armee mit einem wirksamen System der Ausbildung von Soldaten und Reserveoffizieren</p>	<p>Wiederherstellung des Systems einer qualitativen Bildung im Lande; Staturerhöhung von Lehrern und Ausbildern</p> <p>Vervollständigung des Systems der allgemeinen Prüfungen für den Hochschulzugang; Gewährleistung von gleichen Bedingungen für den Zugang zu Hochschulbildung</p> <p>Entwicklung der Zivilgesellschaft auf Basis von Meinungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und unabhängiger Presse</p> <p>Russisch soll wieder Verkehrssprache werden; der Status von regionalen Sprachen wird vor Ort entschieden</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infra- strukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energie- politik
<p>Gehaltserhöhung für Lehrer, Ärzte, Mitarbeiter der Kultursphäre</p> <p>Gewährleistung des staatlichen Wohnungsbaus in der notwendigen Höhe</p> <p>Erhöhung des Lohnanteils an den Produktionskosten von 8% auf 30%</p> <p>Bevorzugung junger Familien bei Kreditvergabe für Wohnungen; Streichung von 25% des Kredites nach der Geburt des ersten Kindes, 50% - nach der Geburt des zweiten Kindes, bei Geburt des dritten Kindes- volle Streichung des Kredits</p> <p>Unterstützungssystem für talentierte Jugendliche aus kleinen Städten und vom Lande; Ausweitung der Möglichkeiten für den Erhalt von Stipendien und Ermäßigungen</p> <p>Geschlechtergleichstellung bei der Rentenhöhe</p> <p>nationales Programm „Kampf gegen Brustkrebs“; Finanzierung aus Sonderposten im Staatshaushalt</p> <p>vollständiges Verbot von Alkohol und Tabakwerbung</p> <p>Einrichtung eines Netzes kommunaler und staatlicher Apotheken</p> <p>staatliche Kontrolle der Preise und der Qualität von Medikamenten, Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs</p> <p>Beschäftigungsmaßnahmen für ältere Arbeitslose</p> <p>Erhöhung der Reallöhne über Verringerung der Lohnnebenkosten</p> <p>Rentenerhöhung auf bis zu 80% des Durchschnittsgehalts im Wirtschaftsbe- reich</p> <p>soziale Gleichstellung von Lehrern, Ärzten, Kulturschaffenden mit Staatsbediensteten</p> <p>Verbot für die Einfuhr genmodifizierter Lebensmittel und Waren, die den einheitlichen Standards nicht entsprechen</p>	<p>neues Wahlgesetz; offene Wahllisten bei den Wahlen zur Werchowna Rada; Mehrheitswahlsystem auf kommunaler Ebene</p> <p>Verringerung der Abgeordnetenzahl in der Werchowna Rada auf 300 Parlamentarier; Anpassung der Abgeordnetenzahl an die Bevölkerungsentwicklung der Ukraine</p> <p>Abgeordnete können nur zwei Legislaturperioden hintereinander gewählt werden</p> <p>volle Aufhebung der Immunität</p> <p>Einführung eines öffentlichen Mechanismus der Rechenschaftspflicht für Abgeordnete</p> <p>Einführung eines vereinfachten Systems der Abgeordnetenabwahl</p> <p>Bildung von Exekutivkomitees auf Kreis- und Gebietsebenen</p> <p>Verringerung des staatlichen Apparats um 40%</p> <p>Durchführung von Referenden zu Schlüsselfragen der Innen- und Außenpolitik</p> <p>Einführung einer strafrechtlichen Verantwortung bei Verfassungsverletzungen</p> <p>Einführung der Wählbarkeit der Richter durch das Volk</p> <p>obligatorische Einkunfts- und Ausgaben- erklärung von Staatsbediensteten und ihren Familienangehörigen</p> <p>Beschlagnahme gesetzwidrig erworbenen Eigentums von Staatsbediensteten und ihren Verwandten</p> <p>dreijähriges Arbeitsverbot für Staatsbedienstete der höchsten Ebene in kommerziellen Strukturen nach der Entlassung aus dem Staatsdienst</p> <p>Aufhebung von Amnestiemöglichkeiten und Bewährungsstrafen bei Korruptionsdelikten</p>	<p>Stabilisierung der Währung; Inflationsbekämpfung</p> <p>Einführung eines progressiven Besteuerungssystems und einer Luxussteuer</p> <p>einheitliche und gerechte Tarife für kommunale Dienstleistungen; Abschaffung der Mehrwertsteuer für kommunale Dienstleistungen</p> <p>keine Besteuerung von Mindestrenten und Mindestlöhnen</p> <p>Garantie des Privateigentums</p> <p>Hilfe für kleinere und mittlere Unternehmen durch Reduzierung der Steuerlast sowie durch Vereinfachung des Steuersystems und der Kreditgewährung</p> <p>Angleichung der wirtschaftlichen Entwicklung der Regionen mit einer Priorität für kleine und mittlere Städte</p> <p>Verkaufsverbot von Staatsunternehmen mit strategischer Bedeutung</p> <p>Überprüfung aller landwirtschaftlichen Nutzböden, Beseitigung von Missbrauch, Aufhebung gesetzeswidriger An- und Verkaufsgeschäfte; Strafbarkeit von Bodendelikten</p> <p>staatliche Unterstützung der Agrarproduzenten; Marktzutrittschilfen</p> <p>ermäßigte Besteuerung ländlicher Unternehmen für fünf Jahre</p> <p>Bildung eines Fonds zur Unterstützung des Dorfes, hierüber Finanzierung neuer Arbeitsplätze, Sicherung des Qualitätsmanagements, Hilfe bei der Entwicklung eines grünen Tourismus</p> <p>Gründung einer Staatlichen Bodenbank, Verkauf von Ackerland ausschließlich über diese Bank</p> <p>Förderung der industriellen Agrarproduktion</p>	<p>blockfreier Status aufgrund aktiver Neutralität</p> <p>Vertiefung der Zusammenarbeit mit internationalen Institutionen und den angrenzenden Ländern, was die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine garantiert</p> <p>Verwirklichung der Idee eines „Einheitlichen Wirtschaftsraums“ mit Russland, Belarus und Kasachstan</p> <p>Vereinbarung mit der EU über Zusammenarbeit, freien Menschen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr</p> <p>moderne Streitkräfte werden mit mindestens 2% des BIP finanziert</p> <p>Erhöhung des sozialen Ansehens des Militärdienstes mittels Wohnungsversgabe an Militärangehörige</p> <p>keine Begrenzung bei Rentenzahlungen an Militärangehörige</p> <p>Bewahrung des Netzes von Militärkrankenhäusern</p>	<p>Regelung der Sprachsituation; Ukrainisch als Amtssprache, Russisch als Verkehrssprache</p> <p>Erhöhung des Ansehens der Arbeit im wissenschaftlichen Bereich</p> <p>Überprüfung aller Gebiete auf Umweltprobleme</p> <p>einheitliches umfassendes Gesetz zum Status der Zone von Tschernobyl</p> <p>Wasserkanäle, Wärmekraftwerke, Gasversorgungs- und Stromnetze werden wieder in staatliches bzw. kommunales Eigentum überführt</p> <p>Gas- und Erdöllagerstätten werden verstaatlicht und für die Bedürfnisse der kommunalen Wohnungswirtschaft genutzt</p> <p>Einführung von Energiespartechnologien und Nutzung alternativer Energiequellen</p> <p>geistiges Leben und Moral sollen auf der Basis christlicher Werte beruhen</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lohnanteil an den Produktionskosten soll auf 60% steigen</li> <li>- Armutsüberwindung: Mindestlöhne, Mindestrenten und Kindergeld sollen nicht niedriger als das reale Existenzminimum sein; innerhalb von fünf Jahren Halbierung der Armut</li> <li>- Preisobergrenzen für Grundnahrungsmittel und Medikamente</li> <li>- Wohnkosten sollen 15% des monatlichen Durchschnittslohnes im Land nicht übersteigen</li> <li>- Wiederbelebung der Dörfer: jedes Dorf soll eine medizinische Station, eine Schule, eine Bibliothek usw. erhalten</li> <li>- tatsächliche kostenlose Gesundheitsbetreuung</li> <li>- Gesundheits-, Kultur, Bildungs- und Wissenschaftsausgaben sollen 15% des BIP ausmachen</li> <li>- jährliche prophylaktische Überprüfung des Gesundheitszustandes der Bürger</li> <li>- Realisierung eines umfassenden Staatsprogramms zur Bekämpfung von Drogensucht und Alkoholismus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Umgestaltung des ganzen politischen Systems aufgrund der Aufhebung des Präsidentenamtes und Umwandlung der Ukraine in eine parlamentarische Republik</li> <li>- Aufhebung der Immunität bei Abgeordneten und Richtern</li> <li>- Wähl- und Abrufbarkeit der Richter durch das Volk</li> <li>- Einführung des Systems der Volkskontrolle gegen die Korruption</li> <li>- wichtige Entscheidungen werden per Volksabstimmung getroffen</li> <li>- lokale und regionale Selbstverwaltung stärken</li> <li>- Gewerkschaften sollen das Recht auf gesetzgeberische Initiative bekommen</li> <li>- Umsetzung der verfassungsrechtlichen Bestimmung über die Gleichberechtigung der Bürger unabhängig von ihrem Besitzstand</li> <li>- Innenministerium und Sicherheitsdienst unterliegen einer strengen parlamentarischen Kontrolle</li> <li>- Bildung eines Krisenkomitees zur Kontrolle der Tätigkeit des Ministerkabinetts, der Exekutive und der Ordnungsämter zur Überwindung der politischen Krise</li> <li>- Verfassungsänderung bis Juli 2010</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- sozialistischer Entwicklungsweg</li> <li>- Verstaatlichung von Basisindustrien und bankrotten Unternehmen</li> <li>- Programm zur Krisenbewältigung beinhaltet zentrale Planung der wirtschaftlichen Entwicklung</li> <li>- Verstärkung der staatlichen Kontrolle über die Finanzmärkte durch die Bildung eines Netzes von staatlichen Banken</li> <li>- Bekämpfung der Schattenwirtschaft und der Steuerflucht</li> <li>- Erneuerung des „Volkseigentums“ am Ackerboden; Verbot des freien Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden</li> <li>- Stärkung der Rechte der Pächter/Landnutzer</li> <li>- bis Ende der Wirtschaftskrise wird Banken das Recht entzogen, Eigentum von Kreditnehmern zu pfänden, die Kredite auf Wohnungen, Autos und Haushaltstechnik genommen haben</li> <li>- für einheimische Produzenten ein maximaler Kreditzinssatz von 3%</li> <li>- Verstaatlichung von Unternehmen, die Massenentlassungen vornehmen; Ausweitung der staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen, darüber Senkung der Arbeitslosigkeit auf ein Drittel bis Ende 2010</li> <li>- Unterstützung von hochtechnologisierten und wissenschaftsintensiven Branchen; Finanzierung über Gewinne aus Staatsmonopolen und Staatsanleihen sowie Abschöpfung von Renten der staatlichen Ressourcen; innerhalb von fünf Jahren soll der Maschinenbau einen Anteil von 30% am BIP haben, wodurch sich der Binnenmarkt für die Metall- und andere Branchen erhöht</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- gesetzliche Gewährleistung und völkerrechtliche Stärkung des neutralen und bündnisfreien Status der Ukraine</li> <li>- kein NATO-Beitritt</li> <li>- Erneuerung der gegenseitig vorteilhaften Beziehungen mit den Mitgliedsländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)</li> <li>- Austritt aus der Welthandelsorganisation</li> <li>- keine Kredite von internationalen Organisationen mehr, welche in die Souveränität der Ukraine eingreifen</li> <li>- Beitritt zum "Einheitlichen Wirtschaftsraum" (EWR) mit Russland, Kasachstan und Belarus</li> <li>- Abstimmung über die Notwendigkeit eines EWR-Beitritts und die Unzulässigkeit eines NATO-Beitritts im Rahmen eines allukrainischen Referendums 2010</li> <li>- aktive Unterstützung der Ideen der neuen Struktur der gesamteuropäischen und euroatlantischen Sicherheit: Verzicht auf Konfrontationsdenken und Blockbildung</li> <li>- Bildung eines trilateralen Energie-Konsortiums: Ukraine, Russland, EU</li> <li>- würdige Finanzierung der Armee aus freiwerdenden Mitteln durch Ausgabenkürzungen im staatlichen Apparat, ab 2010 durch Einsparungen infolge der Aufhebung des Präsidentenamtes</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- kostenlose Bildung</li> <li>- radikale Prüfung der Ansätze für einen Schutz der Umwelt und der Menschen vor ökologischen und technologischen Katastrophen</li> <li>- nationale Kontrolle über den Einfluss der radioaktiven Verschmutzung auf die Bürger</li> <li>- Maßnahmen zur Erhöhung der Trinkwasserqualität (v. a. Wasser aus dem Dnepr)</li> <li>- Verbesserung der ökologischen Situation im Donbass und den Regionen am Dnepr</li> <li>- Schutz der Einheit der orthodoxen Kirche; Gewährleistung einer freien Entwicklung aller traditionellen Konfessionen; Verbot von totalitären Sekten</li> <li>- Durchführung eines nationalen Referendums im Jahre 2010 über die Einführung von Russisch als zweiter Amtssprache bei Stärkung der ukrainischen Sprache</li> <li>- Schutz von sprachlichen und kulturellen Rechten der nationalen Minderheiten</li> <li>- Entwicklung des Kurort- und touristischen Bereiches</li> <li>- keine Heroisierung der OUN-UPA (Organisation Ukrainischer Nationalisten – Ukrainische Aufstandsarmee)</li> </ul>



Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Garantie von hohen Löhnen und Renten durch Produktionswachstum und Produktivitätssteigerung</p> <p>Bevorzugung junger Familien bei Kreditvergabe</p> <p>kostenlose Sportschulen und Kindeinrichtungen</p> <p>Umsetzung eines nationalen Programms „Gesundheit der Nation“; durch Gehaltserhöhung Steigerung des gesellschaftlichen Ansehens der medizinischen Berufe; innerhalb von vier Jahren komplette Neuausstattung medizinischer Dienstleistungsstellen; Überwindung der Tuberkuloseepidemie</p> <p>gerechte Renten und Gehälter im Staatsdienst durch Festlegung der maximalen Renten- und Gehaltshöhe, die das Zwanzigfache der Mindestrente bzw. des Mindestlohnes nicht übersteigen dürfen</p> <p>Preiskontrolle durch das Antimonopolkomitee/Kartellamt</p> <p>Schließung des ukrainischen Lebensmittelmarktes für minderwertige ausländische Produkte inklusive genmodifizierter Nahrungsmittel</p>	<p>Verringerung der Anzahl der Staatsbediensteten auf die Hälfte</p> <p>Reform des Staatsdienstes</p> <p>Änderung des Wahlsystems; Mehrheitswahlrecht bei Kommunalwahlen, Bestimmung der Abgeordneten je zur Hälfte nach Mehrheits- und Verhältniswahlrecht bei Wahlen zur Werchowna Rada und dem Parlament der Autonomen Republik Krim</p> <p>radikale Einschränkung der Abgeordnetenimmunität; Wähler können Abgeordnete abberufen</p> <p>Dezentralisierung der Macht</p> <p>Wiederherstellung von Kompetenzen der lokalen Verwaltungsorgane, die an die Zentralmacht abgegeben worden sind</p> <p>Verringerung der Verwaltungsausgaben um 40% durch Herstellung digitaler Transparenz</p> <p>Durchführung von Eignungstests bei Mitarbeitern des Innenministeriums, der Staatsanwaltschaft, des Sicherheitsdienstes und der Gerichte</p> <p>Organe der Rechtspflege und Armeen müssen parteiunabhängig werden</p>	<p>Förderung einheimischer Produktion; importiert werden nur Güter mit einer höheren Qualität als in der Ukraine</p> <p>Staatsaufträge zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei der Modernisierung der Eisenbahn, der Straßen, des Brennstoff- und Energiekomplexes, der Energiewirtschaft, des Schiffbaus sowie für den Gentechnikbereich und für eine Informatisierung der Gesellschaft</p> <p>für fünf Jahre Halbierung der Steuern für die Leichtindustrie</p> <p>zweijährige Steuerbefreiung für neuerworbene Ausrüstungen, dabei insbesondere für Energiespar- und Umweltschutztechnologien</p> <p>Bildung einer Getreideunion mit Russland und Kasachstan (30 % der weltweiten Kornproduktion); dadurch Förderung der Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft und Herausbildung einer neuen agroindustriellen Infrastruktur</p> <p>Politikänderung bei ausländischen Investitionen; Unternehmen werden nur als Joint-Venture mit ukrainischen Partnern gegründet; dafür Garantie der Rechtssicherheit</p> <p>staatliche Garantie der Eigentumsrechte</p> <p>staatliche Förderung von Investitionen in Hochtechnologien</p> <p>zur Überwindung der Bankenkrise: innerhalb von drei Jahren Umstrukturierung der Bankkredite; Schuldner zahlen nur die Kreditsumme zurück; Banken können Kredite abschreiben ohne Auswirkung auf ihre Bilanz</p> <p>Abkehr von der Dollarisierung der Wirtschaft</p> <p>Hrywnja wird an einen Währungskorb aus Dollar, Euro, russischem Rubel und einer asiatischen Währung gebunden</p> <p>Verzicht auf die Mehrwertsteuer und Einführung einer Verkaufssteuer</p> <p>Verringerung der Steuerzahlungen und Abgaben um die Hälfte</p>	<p>internationale Anerkennung der Neutralität der Ukraine</p> <p>Europäische Union, China, Indien, Brasilien, Japan und die USA sollen strategische Partner der neutralen Ukraine werden</p> <p>als besonderer Partner gilt Russland</p> <p>Schaffung einer Berufssarmee innerhalb von fünf Jahren</p>	<p>Autonomie der Universitäten</p> <p>Wiedereinführung des ukrainischen Abiturs nach 10 Jahren</p> <p>Einführung eines Ministeriums für Vorschul-, Mittelschul- und Berufsausbildung</p> <p>Umsetzung eines nationalen Bildungsprogramms</p> <p>Gehaltserhöhung für Erzieher und Lehrer, damit Erhöhung des sozialen Status dieser Berufsgruppen</p> <p>keine „Eins-zu-eins-Übernahme“ der Bologna-kriterien</p> <p>die Amtssprache und die Sprache der nationalen Selbstbestimmung ist und bleibt Ukrainisch</p> <p>Russisch als zweite Amtssprache</p> <p>Schutz der Sprachen der nationalen Minderheiten gemäß der „Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen“</p> <p>Förderung des Englischunterrichts</p> <p>Gewährleistung der Ausübung der Religion; Staat hält sich aus Kirchenangelegenheiten heraus</p> <p>Religionsunterricht in Schulen</p> <p>innerhalb von fünf Jahren Internetzugangsmöglichkeiten für alle</p> <p>Staatsaufträge für die Produktion von Dokumentarfilmen sowie Wissenschafts- und Kulturprogrammen bei privaten und öffentlichen Fernsehsendern</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infra- strukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Gesundheitsreform, Reform der ärztlichen Betreuung, Einführung einer Krankenversicherung; Rentner und Arbeitslose werden vom Staat versichert, alle anderen von den Arbeitgebern</p> <p>Qualitätssteigerung der ärztlichen Betreuung und der Prophylaxe</p> <p>staatliche Politik zur Verbreitung einer gesunden Lebensweise</p>	<p>strenge Kontrolle der Nutzung von Haushaltsressourcen</p> <p>Einführung einer strengen Kontrolle über das Vermögen der höchsten Staatsbediensteten</p> <p>Steueramnestie für Staatsbedienstete, die (bisher unbekanntes) Eigentum deklarieren können, mit anschließender 5-prozentigen Besteuerung und Beschäftigungsverbot im öffentlichen Dienst</p> <p>Überprüfung aller Staatsbediensteten: bei Aufdeckung von Vermögen nichtlegaler Herkunft Einzug desselben und lebenslanges Beschäftigungsverbot im öffentlichen Dienst</p> <p>Kriminalisierung der Bestechung, nicht nur der Bestechlichkeit</p>	<p>minimale Einmischung des Staates in die Wirtschaft („Nichteinmischungsprinzip“)</p> <p>Konzentration des Staates auf den Bevölkerungs- und Eigentumsschutz, nationale Sicherheit</p> <p>Steuerreform durch Reduzierung eines Teils der Steuern und Streichung eines anderen Teils</p> <p>Erhöhung der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit bei der Steuerzahlung, Zurückdrängung der Schattenwirtschaft</p>		<p>Verringerung der Belastung von Kindern in der Schule</p>



Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Qualität des Lebens und die Sicherheit der Menschen stehen über allem</p> <p>Schutz vor gesundheitsgefährdenden Produkten</p> <p>Verbot von Einfuhr, Anbau und Produktion genmodifizierter Lebensmittel,</p> <p>Verbot der Anwendung von schädlichen Beimischungen in der verarbeitenden Industrie</p> <p>Produktion von qualitativ hochwertigen Medikamenten und medizinischen Präparaten</p> <p>Wiederherstellung des Netzes ländlicher Einrichtungen für Kultur, Medizin und soziale Dienstleistungen sowie von Kindergärten Schulen</p> <p>Schaffung von Bedingungen, damit die Jugend in den Dörfern bleibt</p> <p>bei Vollzeitätigkeit soll der Mindestlohn über dem Existenzminimum liegen</p> <p>Verringerung ungerecht hoher Renten, was entsprechend zum Wachstum minimaler Renten führen wird</p> <p>Verbot der Propaganda von Gewalt, Grausamkeit und amoralischem Verhalten, der Werbung für Alkohol und Tabak im Fernsehen</p>	<p>der Präsident bildet und leitet die Regierung persönlich</p> <p>Stärkung der Selbstverwaltung</p> <p>Aufhebung der staatlichen Kreisverwaltungen</p> <p>Reduzierung der Zahl von Ministerien und Behörden um 30% (derzeit 80), von leitenden Posten um 50%, Reduzierung der Anzahl der Staatsbediensteten auf allen Ebenen um ein Drittel</p> <p>erhöhte strafrechtliche Verantwortung von Staatsbediensteten und Richtern bei Bestechlichkeit</p> <p>Beseitigung von Korruptionsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst</p> <p>alle Staatsbediensteten legen eine Einkunfts- und Ausgabenerklärung inklusive ihrer Familien vor, wenn diese 1.000 USD überschreiten</p> <p>volle Aufhebung der Immunität aller Amtsträger</p> <p>offene Informierung der Bevölkerung über gerichtliche Entscheidungen; dies soll der Korruption in den Gerichten entgegenwirken</p> <p>Auflösung der korrupten „Staatlichen Autoinspektion“, bei der ca. 10.000 Staatsbedienstete der Verkehrspolizei beschäftigt sind</p>	<p>Verringerung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft (außer in strategischen Bereichen)</p> <p>Schaffung einer hochtechnologisierten Produktion durch wirksame, transparente und zugängliche Mechanismen der staatlichen Unterstützung</p> <p>Beschränkung des Einflusses von Staatsbediensteten</p> <p>Schaffung eines wirksamen Versicherungssystems gegen Missern</p> <p>Gemeindereform zur Erhöhung direkter Einzahlungen in ländlichen Budgets</p> <p>jährliches Wirtschaftswachstum nach der Krise um 10 %</p> <p>Vereinfachung des Anmeldeverfahrens für Unternehmen</p> <p>Verringerung der Anzahl kontrollierender Organe</p> <p>Steuerreform</p> <p>Vereinfachung der steuerlichen Erfassung; Abschaffung von Steuerprivilegien</p> <p>Verbesserung der Besteuerung von kleinen und mittleren Unternehmen</p> <p>Abschaffung der Steuerfahndung und Aufhebung der Mehrwertsteuer, die durch eine Umsatzsteuer ersetzt wird (<i>vermutlich will der Kandidat damit die Bürokratie um die Vorsteuererstattung beseitigen</i>)</p> <p>Verbot der Tätigkeit von Offshore-Gesellschaften</p> <p>Staatliche Unterstützung von Großunternehmen auf den internationalen Märkten mit Beibehaltung aller Steuerzahlungen</p> <p>Bau eines Autobahnnetzes mit einer modernen Infrastruktur</p> <p>Abschaffung bürokratischer Hindernisse bei der Entwicklung der Tourismusbranche</p> <p>Schaffung von Bedingungen für eine Rückkehr von Arbeitseigrenten</p>	<p>innerhalb der nächsten fünf Jahre kein Beitritt in militärpolitische Bündnisse</p> <p>gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Entwicklung der Beziehungen mit Partnern</p> <p>Ukraine soll zur regionalen Macht werden</p> <p>Schutz der Ukrainer im Ausland</p> <p>Erfüllung der EU-Forderungen bezüglich der Grenz- und Zollkontrolle; falls die EU die Grenzen danach nicht öffnet, wird das Visumregime wieder eingeführt</p> <p>Vertragsarmee, gute Versorgung der Armee in materieller Hinsicht, einschließlich guter Ausbildung</p>	<p>Erzieher, Lehrer und Hochschul-lehrer sollen den höchsten sozialen Status bekommen und Teil einer neuen „Industrie der Reproduktion des Intellekts“ werden</p> <p>Wiedereinführung des ukrainischen Abiturs nach 10 Jahren</p> <p>Zollfreiheit für die Einfuhr aller Energiesparausrüstungen und -technologien</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
Tatsächliche Gewährleistung sozialer Sicherheit: gezielte finanzielle Hilfe statt des unwirksamen Systems sozialer Vergünstigungen	Gewährleistung einer professionellen Verwaltung des Staatseigentums und Privatisierung ineffizienter staatlicher Unternehmen (bis auf strategische Unternehmen)	Unterstützung ukrainischer Produktion durch Strukturreformen; verbindlicher prioritärer Ankauf von Produkten staatlicher Unternehmen und Hersteller	NATO-Beitritt	Reform des Energiesektors, maximale Förderung des Energiesparens; Abschaffung von ineffizienten Subventionen im Energiebereich
Rentenreform; Bildung eines einheitlichen Fonds der Pflichtsozialversicherungen (Renten-, Kranken-, Unfall-, Arbeitslosenversicherung), Beitragszahlungen als einheitliche soziale Steuer, die in gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt werden	Etablierung einer wirksamen Staatsmacht: Durchführung der Parlamentswahlen mit offenen Parteilisten; Verbot von Wahlblöcken auf „Namensbasis“; Reduzierung der Möglichkeiten für politische Korruption	Inflationseindämmung über Erhöhung der Energie- und Ressourceneffizienz, Einschränkung von Monopolen, Gewährleistung eines gesunden Wettbewerbs	Abzug der russischen Schwarzmeerflotte bis 2017; gerechte Aufteilung der Aktiva und Passiva der ehemaligen UdSSR	Erdgas- und Erdölpipelines sowie Stromnetze bleiben staatlich; Diversifizierung der Energiequellen; Entflechtung von Transport und Verkauf von Energieträgern (Erdgas, Erdöl, Strom)
	Transparenz der Tätigkeit der Behörden der Staatsmacht	Förderung der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen	Garantie der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine; Bekämpfung des Separatismus; Etablierung einer hochtechnisierten mobilen und kampffähigen Armee; Entwicklung von Interventionskräften und einer wirksamen Luftabwehr	Garantie der Wirtschafts- und Energiesicherheit durch Reduzierung des übermäßigen Energieverbrauchs und Diversifizierung der Energiequellen
	Obligatorische Ausgabenerklärung von Staatsbediensteten und ihren Familienangehörigen	Steuersenkungen; Reform der Vorsteuerrückstattung		Schutz der nationalen kulturellen Interessen; Festigung der christlichen Prinzipien als Grundlage der Gesellschaft; Garantie für die Entwicklung der ukrainischen Sprache
	Schutz der Rechte von kommunalen Gemeinden; Harmonisierung der ukrainischen Gesetzgebung mit der Europäischen Charta der kommunale Selbstverwaltung durch Dezentralisierung der Staatsmacht und Vergrößerung der Finanzzuständigkeiten	Schaffung von Möglichkeiten und Bedingungen für langfristige Kreditgewährung und für Zugang ukrainischer Produkte mit hohem Mehrwert zu Weltmärkten		Anerkennung der UPA (Ukrainische Aufstandsarmee) als Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine
	Sicherheit des Informationsraums und Entgegenwirkung der Informationsaggression von außen durch die Bildung eines ukrainischen Informationsraumes, Schutz der Bürger vor minderwertigen Informationen	höheres Niveau bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion; Gewährung langfristiger Kredite für den Kauf moderner Agrartechnik		Gleiche Bewertung von Kommunismus und Nationalsozialismus
		Gewährleistung der Entwicklung von ländlichen Gebieten durch Förderung wirksamer Nutzung und Erhaltung der Fruchtbarkeit landwirtschaftlicher Nutzböden; Erhöhung der Mindestpacht		
		Schaffung eines Katastersystems		
		Förderung des „grünen“ Tourismus		

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturalpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Staat soll Beschäftigung, pünktliche Lohnzahlungen, Familieneinkommen, Stipendien, kommunale Dienstleistungen, ein Verhältnis von maximal 1:10 zwischen Mindest- und Maximallohn sowie zwischen Mindest- und Maximalrenten und eine Finanzierung von Bildungs- und Gesundheitswesen aus Haushaltsmitteln garantieren</p> <p>staatliche finanzielle Unterstützung und Erleichterungen für Weltkriegsveteranen, Afghanistanveteranen, Invaliden und Tschernobylgeschädigte und andere, welche die Hilfe des Staates benötigen</p> <p>Schutz der Menschen vor minderwertigen Lebensmitteln, besonders vor gen-modifizierten Lebensmitteln</p>	<p>Änderung des Wahlgesetzes zusammen mit dem Parlament; Bindung der Abgeordneten an die Wahlkreise (offene Parteilisten)</p> <p>Auflösung der staatlichen Kreisverwaltungen</p> <p>den Organen der kommunalen Selbstverwaltung finanzielle, organisatorische und andere Möglichkeiten geben, damit sie bürgernah arbeiten können</p> <p>Korruptionsbekämpfung</p> <p>Einführung von Einkunfts- und Ausgabenerklärungen von Staatsangestellten und ihren Familienangehörigen; Überprüfung der Angaben und Strafbarkeit bei Verstößen</p> <p>bei Gesetzesübertretungen harte Bestrafung von Vertretern der Staatsmacht – keine Gnade und keine Amnestie sowie Verbot einer Wiederbeschäftigung im Staatsdienst</p> <p>Wiedereinführung der Todesstrafe</p> <p>Gerichtsreform</p> <p>Machtstrukturen (Polizei, Armee, Geheimdienst) sollen von der Politik nicht beeinflusst werden</p>	<p>Beschleunigung des wirtschaftlichen Strukturwandels: Unterstützung der einheimischen Produktion, Entwicklung des Unternehmertums, Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft sowie in der Finanzmarkt- und Bankenpolitik</p> <p>strategisch relevante Unternehmen, Energiewirtschaft, Kommunikation und Transport bleiben im Staatseigentum</p> <p>landwirtschaftliche Nutzböden sind Eigentum ukrainischer Bevölkerung; der Staat tritt als Zwischenhändler bei der Vermittlung von Pacht/Landnutzungsrechten zwischen Landbesitzern und Bauern, Kooperativen und Investmentfirmen auf</p> <p>eine staatliche Bodenbank kann als einzige mit landwirtschaftlichen Nutzböden handeln</p>	<p>blockfreier Status der Ukraine, Erörterung auf einer internationalen Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit</p> <p>gemeinsam mit globalen Organisationen vertragliche Festlegung des Beitrages des Ukraine zur Lösung der globalen Probleme: globale Erwärmung und Hunger; hierüber Entwicklung des Dorfes und des agrarindustriellen Komplexes</p> <p>Beseitigung der künstlich geschaffenen Anspannungen in den Beziehungen zu Russland</p> <p>beiderseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit Russland, der EU, dem Nahen Osten, China usw.</p> <p>Modernisierung der Armee und der Rüstungsunternehmen</p> <p>soziale Absicherung der Familien der Offiziere und der Berufssoldaten</p>	<p>Bildung auf Staatskosten</p> <p>Aufforstung von acht Millionen Hektar</p> <p>Bau umweltfreundlicher Müllverarbeitungsanlagen</p> <p>Lösung des Tschernobylproblems, Verwertung von Raketenbrennstoffen und anderen chemischen Materialien</p> <p>Lösung des Trinkwasserproblems und rationale Verwendung von Wasser</p> <p>Regelung der Bebauung von Städten und Dörfern hinsichtlich des Naturschutzes</p> <p>freie Konfessionen; Trennung von Staat und Kirche</p> <p>Recht auf freie Ausübung der eigenen Muttersprache für jeden</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>kostenlose Gesundheitsversorgung; Bekämpfung der HIV-Epidemie</p> <p>Preiskontrolle bei Medikamenten</p> <p>Bio-Ernährung</p> <p>Gewährleistung einer guten Infrastruktur zur Kinderversorgung</p> <p>ausreichende Rente</p>	<p>Eigentumskonfiskation bei Korruption</p> <p>volle und bedingungslose Überprüfung aller Ebenen der Staatsmacht</p> <p>Einführung des Mehrheitswahlsystems</p> <p>Einführung einer Rechenschaft der Abgeordneten vor den Wählern</p>	<p>strategische Unternehmen im staatlichen Besitz; Arbeit und gute Gehälter für Bürger; alle Industriemonopole, Atomkraftwerke sowie das Gasnetz sind Staatseigentum</p> <p>Nutzung ukrainischen Ressourcenreichtums zur ausschließlichen Produktion von materiellen Realgütern</p> <p>Handel mit anderen Ländern nur zu vorteilhaften Bedingungen für die Ukraine</p> <p>Rückgabe von Ackerland, das wegen Schulden gepfändet wurde, an die ehemaligen Eigentümer oder diejenigen, die zur Bearbeitung bereit sind; keine Spekulationen um das Moratorium über den Verkauf von Ackerland</p> <p>Verbot des Bodenbesitzes für Nichtbürger der Ukraine</p> <p>Einschränkung der Grundstücksgrößen</p> <p>Aufhebung der Übergabe und Übernahme landwirtschaftlicher Nutzböden zur Sicherheit; Wiederherstellung des Staatsmonopols auf Bodenbesitz</p> <p>langfristige Verpachtung staatlicher landwirtschaftlicher Nutzböden an Privatpersonen</p>	<p>gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Russland</p> <p>gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Europa</p>	<p>keine Unterdrückung und Erniedrigung der nichtukrainischen Bevölkerung</p> <p>keine Spekulationen mit der Sprachfrage in dem multinationalen Land</p> <p>Einstellung von gefährlichen Experimenten im Bildungssystem; Lehrerberuf soll ein Prestigeberuf werden</p> <p>Wiederbelebung des Staatsmonopols auf Hochschulbildung, damit Verringerung der Anzahl der Hochschulen, die „Diplome verkaufen“</p> <p>Förderung von Talenten; Investitionen in die Entwicklung von Innovationen, Technologien und Produkte mit Zukunft</p>

WASSYL PROTIWSICH

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
Schutz der Gesundheit der Menschen	<p>komplette Auswechslung aller Staatsbediensteten</p> <p>Aufhebung der Immunitäten</p> <p>Bestrafung von Bestechung und Bestechlichkeit; bei Nachweis von Korruption harte Bestrafung, einschließlich Beschlagnahme von Eigentum</p> <p>Stärkung der lokalen Selbstverwaltung; Verantwortung für lokal eingenommene Gelder liegt vor Ort und nicht in Kiew</p>	10-prozentige Flat-Tax; Ukraine soll zur „Schweiz Osteuropas“ werden	Berufsarmee	<p>besonderer Schutz der Umwelt: Schutz der Flüsse, Wälder und Erholungszone</p> <p>Rückkehr zum zehnjährigen Abitur mit fünfstufigem Bewertungssystem</p> <p>Hochschulzugang nur über Prüfungen</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
	<p>alle gewählten Volksvertreter sollen für ihre Wahlversprechen zur Verantwortung gezogen werden können; jährliche Überprüfung ihrer Tätigkeit und Möglichkeit der Abberufung</p> <p>Einführung der Wahl von Gebietsgouverneuren, Richtern und Leitern der Finanzbehörden; Direktwahlen der Kreisratsvorsitzenden</p> <p>Reform des Gerichtswesens</p> <p>Einkunfts- und Vermögenserklärungen von Mitarbeitern des Rechtsschutz-, Gerichts- und Finanzwesens und deren Angehörigen; bei Diskrepanz: 25-prozentige Steuer auf alle abweichenden Vermögen, gefolgt von Entlassung und lebenslangem Beschäftigungsverbot im öffentlichen Dienst</p>	<p>Neubewertung aller Objekte, die für mehr als 10 Mio. Hrywnja privatisiert wurden; sollte das Objekt für 5% des Werts verkauft worden sein, erhält der Staat 95% der Unternehmensanteile zurück</p> <p>Einführung einer Vermögenssteuer; steuerfrei sind in der Stadt: 25 m<sup>2</sup> Wohnfläche pro Person, 1.000 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche und auf dem Land: 50 m<sup>2</sup> Wohnfläche sowie 50 m<sup>2</sup> Wirtschaftsgebäude und 1,5 ha Land; Ziel: schrittweise Erhöhung der Vermögenssteuer von 0,1% auf 1% in zehn Jahren; die Vermögensbewertung wird von der Stadtverwaltung vorgenommen</p> <p>bei Ablehnung der beiden oben aufgeführten Punkte durch die Werchowna Rada sollen Volksabstimmungen dazu durchgeführt werden</p> <p>strenger Protektionismus und Schutz einheimischer Produzenten</p> <p>Gründung von transnationalen Unternehmen unter Beteiligung von westeuropäischen, russischen und amerikanischen Firmen</p>	<p>Beteiligungen an Militärbündnissen sind Zuständigkeit von Präsident, Parlament und Regierung</p> <p>Berufsarmee; Status einer Atommacht; Modernisierung der Armee</p>	<p>innerhalb von zwei Jahren mindestens eine Prüfung in einer Fremdsprache – innerhalb von fünf Jahren zwei Prüfungen in einer Fremdsprache</p> <p>Staatsbedienstete aller Ränge müssen Russisch beherrschen</p> <p>Energiesparen über Modernisierung</p> <p>Reform der Energieerzeugung mit Übergang zu alternativen Energiequellen</p> <p>Verarbeitung von Haushalts- und Bioabfällen</p>

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
	<p>Ziel: Bildung einer Zivilgesellschaft durch Förderung der Selbstorganisation</p> <p>Förderung von Mitgliedschaften in Verbänden, Hausverwaltungen, öffentlichen Vereinigungen, die gesetzliche Interessen der Mitglieder schützen</p> <p>Aktive zivilgesellschaftliche Vereinigungen werden dazu führen, dass wir den Staat als Vermittler zwischen uns allmählich ausschließen und zur direkten Kooperation übergehen. Einige Bedürfnisse (z.B. ärztliche Betreuung, Bildung, Kindergärten, Schulen, Fachschulen) können schon heute im Abkommen zwischen den öffentlichen Räten und entsprechenden privaten Institutionen geregelt werden</p> <p>zur Vollendung der Zivilgesellschaft: Kontrolle über den staatlichen Haushalt; Erziehung einer Reihe hochqualifizierter Manager; Einflussnahme auf Entscheidungen von staatlichen Behörden</p> <p>erster Schritt: Einführung einer obligatorischen Zustimmung der Öffentlichkeit zu jeglichem Handeln der Behörden, das einen unmittelbaren Einfluss auf die Interessen der öffentlichen Vereinigungen hat, betrifft v. a. die Fragen der Aufstellung der ländlichen, städtischen und staatlichen Budgets</p> <p>Organe der Staatsmacht sollen alle Entscheidungen mit den öffentlichen Räten abstimmen</p> <p>Behörden der Staatsmacht schließen jährliche Abkommen mit den öffentlichen Räten (Aufwand, Finanzierungsquellen, Verantwortung im Falle der Nichterfüllung des Abkommens) ab</p> <p>der Präsident soll die Bewegung zum Aufbau der Zivilgesellschaft anführen</p> <p>die Rolle des Staatsoberhauptes beim Aufbau der Zivilgesellschaft besteht darin, die Annahme von Gesetzen und Verordnungen zu beschleunigen, welche den Aufbau der Zivilgesellschaft fördern</p> <p>Entwicklung einer neuen Personalpolitik auf europäischem Niveau</p> <p>Finanzierung der Vereinigungen mit vollkommener Kontrolle über die Mittelverwendung</p> <p>Veröffentlichung aller Haushaltsposten des Präsidialamtes und anderer staatlicher Behörden</p> <p>Gewährleistung eines vollen Zugangs der Bevölkerung zu diesen Haushaltsposten</p> <p>Einführung einer obligatorischen Einkunftserklärung von Staatsbediensteten</p>	<p>Wirtschaftsgüter werden unter Bürgern und nicht nur unter Machthabern verteilt</p>		

Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Katalog kostenloser medizinischer Grundversorgung; freiwillige Zusatzversicherung für zusätzliche Dienstleistungen</p> <p>Einrichtung eines Prophylaxesystems; Wiederbelebung von Gesundheitsaufklärung im großen Stil</p>	<p>Verfassungsreform</p> <p>Möglichkeit der Abberufung von Abgeordneten und korrupten Staatsbediensteten</p> <p>Dezentralisierung, Stärkung des Systems der lokalen Selbstverwaltung</p>	<p>Exportstimulierung</p> <p>Wiederbelebung des Finanzsystems</p> <p>Modernisierung der chemischen, erdölverarbeiten und Metallindustrie; von Transport, Wohnungsbau und der industriellen Landwirtschaft</p> <p>Gründung einer staatlichen Entwicklungsbank zur Vergabe von Krediten für Innovationsprojekte in der einheimischen Industrie, Großbau und die Transportbranche</p> <p>Steuerreform: Steuerbefreiung für Kleinunternehmen auf fünf Jahre; Streichung der Mehrwertsteuer und Senkung der Gewinnsteuer auf 15%</p> <p>Schaffung eines Finanz- und Kreditsystems für kleine und mittlere Unternehmen, welches den besten europäischen Standards entspricht</p> <p>Förderung von Innovationen in wissenschaftsintensiven Branchen (Flugzeugbau, Weltraumtechnologie, Schiffs- und Maschinenbau, Nanotechnologie und Mikroelektronik)</p>	<p>pragmatische Außenpolitik, ausgerichtet auf nationale Interessen</p> <p>gute Beziehungen zu den ehemaligen Sowjetrepubliken; Visumsfreiheit mit allen Nachbarstaaten</p> <p>Ziel der Außenpolitik: vollständige Wiederherstellung der wirtschaftlichen Verbindungen zu Belarus und Russland sowie den Ex-Sowjetrepubliken und anderen Staaten Osteuropas</p> <p>Ukraine soll Haupttransitland zwischen Ost und West werden</p> <p>Einbindung in das europäische System kollektiver Sicherheit</p> <p>Innerhalb von fünf Jahren Schaffung einer Berufsmarine; Modernisierung der Armee</p>	<p>gleiche Bildungschancen für alle für jeden Schüler ein Computer</p> <p>Rückkehr zum zehnjährigen Abitur</p> <p>Lehrberufe aufwerten</p> <p>Ausbildung von Lehrkräften an staatlichen Hochschulen, besondere Programme zur Wohnungsbereitstellung für Lehrer</p> <p>Einführung des Prinzips des „lebenslangen Lernens“, erste Hochschulbildung soll kostenfrei sein</p> <p>Erhöhung der Trinkwasserqualität</p> <p>Ausarbeitung von Lösungen für die Verarbeitung und Wiederverwertung von Müll</p> <p>10% des Territoriums der Ukraine sollen zu Naturschutzgebieten erklärt werden</p> <p>Umsetzung aller Maßnahmen zur Beseitigung der Schäden von Tschernobyl</p> <p>staatliche Unterstützung für Kultur, gleich welcher Art</p> <p>Anreizerhöhung für nichtstaatliche Kulturförderung, keine totale Kommerzialisierung der Kultur</p>



Sozial- und Gesundheitspolitik	Innenpolitik	Wirtschafts-, Finanz-, Steuer-, Infrastrukturpolitik	Außen- und Verteidigungspolitik	Kultur-, Bildungs- Umwelt- und Energiepolitik
<p>Programm zur langfristigen Förderung einer gesunden Lebensweise</p> <p>Verbot der Werbung für Tabakerzeugnisse und Alkohol, strafrechtliche Verantwortung für Propagierung von Drogen und „sexuellen Perversionen“</p> <p>Einrichtung eines nationalen Programms der „reproduktiven Gesundheit der Nation“</p> <p>Regelung des Verkaufs genetisch modifizierter Lebensmittel</p> <p>Entwicklung einer Mittelklasse, die nicht weniger als 60% der Gesellschaft umfassen soll</p> <p>offizielle Entschädigung der Ukrainer, die Opfer von Repressionen sind, und ihrer Nachkommen</p>	<p>Schaffung der Präsidentialrepublik</p> <p>Parlament mit 300 Abgeordneten für drei Jahre, Wahl mit offenen Wahllisten</p> <p>Wählbarkeit von lokalen Richtern</p> <p>einfache Prozedur der Abberufung von Abgeordneten und lokalen Richtern</p> <p>Einflussnahme der Bürger über Referenden, Plebiszite und sogenannte allgemeine Versammlungen</p> <p>Unzulässigkeit der doppelten Staatsangehörigkeit</p> <p>Vorzugsbedingungen für die Rückkehr ethnischer Ukrainer aus der Emigration</p> <p>Aufnahme des Punktes „Nationalität“ in den Pass und in die Geburtsurkunde</p> <p>Abschaffung der Autonomie der Krim; Abschaffung des Sonderstatus von Sewastopol; Programm für eine Integration der Krim in den ukrainischen Staat</p>	<p>strategische Unternehmen sind Staatseigentum</p> <p>Reduzierung des wirtschaftlichen Drucks auf Klein- und Mittelunternehmen</p> <p>Entwicklung von wettbewerbsfähigen Branchen in der ukrainischen Industrie und Unterstützung der Innovationstätigkeit</p> <p>Ersatz von Importprodukten durch Güter aus ukrainischer Produktion</p> <p>Handelsverbot mit landwirtschaftlichen Nutzungsflächen</p> <p>ermäßigte Kredite für Agrarunternehmen</p> <p>Sewastopol soll zum „Freihafen“ werden</p>	<p>symmetrisches Visumregime mit anderen Ländern</p> <p>strenge Maßnahmen gegen illegale Immigration und verstärkter Grenzschutz</p> <p>bilaterale Abkommen über eine Legalisierung von Arbeitsemigranten aus der Ukraine</p> <p>Austritt aus allen eurasischen Bündnissen mit Zentrum in Moskau</p> <p>Einführung eines Visumregimes mit Russland</p> <p>Schaffung einer Baltikum-Schwarzmeer-Achse</p> <p>Bilaterale militärische Beistandsabkommen mit den USA und Großbritannien</p> <p>Beteiligung der Ukraine an einem Europa der freien Nationen</p> <p>Finanzierung der Streitkräfte der Ukraine in Höhe von 5% des BIP, Reform und technische Umrüstung der Armee; Berufsarmee</p> <p>Status einer Atommacht für die Ukraine</p>	<p>Programm für eine Energieunabhängigkeit der Ukraine, Senkung des Verbrauchs, Erhöhung der Erzeugung, Diversifizierung der Quellen</p> <p>Gesetz „Über den Schutz der ukrainischen Sprache“</p> <p>Obligatorischer Ukrainischtest für Staatsbedienstete und für Kandidaten bei Wahlen</p> <p>Einrichtung eines Rückkehrprogramms für ukrainische Wissenschaftler aus dem Ausland</p> <p>Entwicklung der ukrainischen Filmindustrie</p> <p>Schutz des nationalen einheitlichen Informationsraums</p> <p>Anerkennung der Okkupation der Ukraine durch das bolschewistische Russland (1918-1991)</p> <p>öffentlicher Gerichtsprozess zur Verurteilung des Kommunismus</p> <p>Beseitigung aller imperialbolschewistischen Symbole</p> <p>offizielle Anerkennung, Entschuldigung und Entschädigung für den Völkermord an den Ukrainern</p> <p>Ukrainer aus der Kuban'-Region (heute Russland), aus der Wojewodschaft Chel'm, Podlisien und anderen Gebieten des heutigen Polens sollen den Deportiertenstatus erhalten</p> <p>14. Oktober - Tag der UPA-Gründung (Ukrainische Aufstandsarmee) soll zum staatlichen Feiertag, dem Tag der ukrainischen Waffen werden</p> <p>Anerkennung des Kampfes der OUN (Organisation ukrainischer Nationalisten) und der UPA als Kampf für die Unabhängigkeit der Ukraine</p>

